



„Wir brauchen eine Aufgabenkritik!“

Manfred Obermüller im Gespräch mit Bernhard Stoik, dem neuen Wiener Landesvorsitzenden der younion – Die Daseinsgewerkschaft.

„BEITRAGSFREI IST NICHT SOZIAL GERECHT“

Wohlhabende sollten ihren Beitrag für den Kindergarten zahlen

„GRÖSSTE SORGE: DIE ZINSENTWICKLUNG“

Christoph Maschek, Wiens Finanzdirektor, im Gespräch

BERUFSRETTUNG BRAUCHT PERSONAL

Steigende Einsatzzahlen, steigende Belastung

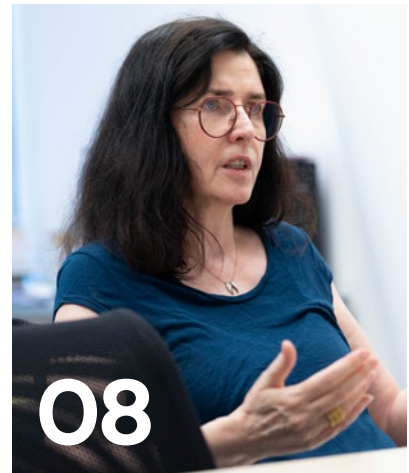
VERWALTUNGSGERICHT AM LIMIT

Dauerhafte Überlastung bedroht den Rechtsstaat

**FSG**

Inhalt

teamwork 03 | 2026



POLITIK & GEWERKSCHAFT

- 04 Thema:** „Wir brauchen eine Aufgabenkritik!“
- 07 Meinung:** Nicht einfach weiter wie bisher
- 08 Im Gespräch:** „Die Vermögenden haben durch die Krisen überproportional profitiert“
- 10 Dienststellen:** Beitragsfrei ist nicht sozial gerecht
- 12 Im Gespräch:** „Größtes Kopfzerbrechen bereitet mir die Zinsentwicklung“
- 14 Dienststellen:** Die Berufsrettung Wien braucht mehr Personal
- 15 Dienststellen:** So funktioniert das neue Bonuspunkte-System bei Wiener Wohnen
- 16 Dienststellen:** Das Verwaltungsgericht am Limit
- 17 Dienststellen:** Mit der ID Austria werden Amtswege einfacher
- 18 Dienststellen:** Mitarbeiter*innen-fest der Hauptgruppe 1
- 19 Special:** Wir schreiben Zukunft
- 20 Fragen & Antworten:** Jobticket & Urlaubs- und Weihnachtsgeld

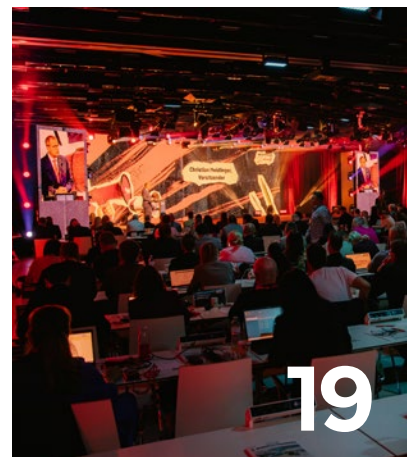
- 21 Meinung:** Was uns am Ende des Tages Kraft gibt
- 22 In Zahlen:** Vermögenssteuern – Österreich unter den Schlusslichtern

SERIE

- 23 Klima:** Dreimal täglich das Klima schützen
- 24 Querräunzer:** Klima-Bremser endlich ausbremsen!
- 25 Inklusion:** Grundrecht auf barrierefreie Weiterbildung
- 26 Frauen:** Mehr Sicherheit und weniger Existenzängste
- 27 Bildung:** Verantwortlich handeln
- 28 Jugend:** Nicht an unserer Zukunft sparen!
- 29 Europa:** Wohnen darf kein Luxusgut sein

GESUND & LEBEN

- 30 Hera:** Zurück ins schmerzfreie Leben!
- 31 KFA:** Einladung zum Männergesundheitsstag



SERVICE

- 32 Spielvorstellung:** Spaßiges Wunschkonzert
- 33 KSV:** Einfaches Parken am KSV-Platz
- 34 Personelles:** Neuer Landesvorsitzender der younion Wien und neuer Chef der Wiener Kinder- und Jugendhilfe
- 35 Echt gut! Echt böse!**
 - Meinung:** Doppelbudget – Vertrauen gleich mitgekürzt
- 36 Vielseitiger Magistrat:** Im Vinyl Corner der Hauptbücherei fetzt der Beat

Liebe Leserin, lieber Leser,

HG 1-SERVICE & RASCHE INFO

Dienstrecht

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Kurt Mrzena-Merdinger

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Pensionsrecht

Gerald Bauer

gerald.bauer@wien.gv.at

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Margit Pollak

margit.pollak@wien.gv.at

Frauen & Diversität

Regina Müller

regina.mueller@wien.gv.at

Kollektivverträge & Soziale Arbeit

Elisabeth Jarolim

elisabeth.jarolim@wien.gv.at

Organisation & Veranstaltungen

Michael Witzmann

michael.witzmann@wien.gv.at

Bildung, Internationale Vertretung und Jugend

Michael Lewisch

michael.lewisch@wien.gv.at

Mitgliederservice

Nikolaus Borbely

nikolaus.borbely@wien.gv.at

**Nähere Informationen entnehmen Sie
bitte unserer Homepage www.hg1.at**

die finanzielle Lage ist angespannt. Auch Wien muss seinen Haushalt konsolidieren. Entscheidend ist dabei nicht nur, wie viel eingespart werden kann, sondern vor allem, wo, wie und mit welchen Folgen dies geschieht?

Für uns als Gewerkschaft ist klar: Die Antwort darf nicht darin bestehen, Personal abzubauen und die Beschäftigten mit zusätzlichen Aufgaben sowie wachsender Arbeitsbelastung allein zu lassen. Bevor beim Personal gekürzt wird, muss eine ehrliche **Aufgabenkritik** stehen (siehe Leitartikel S. 7, sowie das teamwork-Gespräch S. 4–6): Was braucht es wirklich? Was kann anders organisiert werden? Wo können Doppelgleisigkeiten beseitigt werden? Und wo braucht es sogar deutlich mehr Personal?

Etwa beim **Verwaltungsgericht** (S. 16) und bei der **Wiener Berufsrettung** (S. 14). Dort ist zusätzliches Personal keine Frage von Luxus, sondern eine Voraussetzung für funktionierende öffentliche Leistungen.

Gleichzeitig müssen wir über die Einnahmenseite sprechen. Wenn öffentliche Mittel knapp sind, ist es schwer zu erklären, warum ein beitragsfreier **Kindergartenplatz unabhängig vom Einkommen** auch jenen zugutekommt, die sich die Beiträge problemlos leisten könnten (S. 10–11).

Auch das Interview mit der **ÖGB-Bundesgeschäftsführerin Helene Schubert** (S. 8–9) richtet den Blick auf die Einnahmen. Sie argumentiert, dass Vermögende von staatlichen Krisenmaßnahmen besonders profitiert hätten, und fordert deshalb deutlich höhere vermögensbezogene Steuern.

Schließlich ist auch Wachstum notwendig. **Finanzdirektor Christoph Maschek** (S. 12–13) weist darauf hin, dass deutliches Wirtschaftswachstum erforderlich ist, um das Wiener Budget nachhaltig zu konsolidieren. Auch die Stadt selbst betont, dass Konsolidierung und wirtschaftliche Entwicklung gemeinsam betrachtet werden müssen.

Konsolidierung darf jedoch nicht zum Synonym für Personalabbau und Überlastung werden. Daher brauchen wir eine Debatte über Aufgaben, Prioritäten, Einnahmen und wirtschaftliche Entwicklung.

Ich wünsche eine interessante Lektüre! ○

chefredakteurin@fsg-hg1.at



Karin Zauner-Lohmeyer
Chefredakteurin
teamwork

A photograph of Bernhard Stoik, a man with a beard and glasses, wearing a grey suit jacket over a blue and white striped shirt. He is sitting at a table, looking slightly to the right with a thoughtful expression, his hand resting on his chin. A glass of water is visible in the foreground. The background is blurred, showing a green plant and a window.

„Wir brauchen eine Aufgabenkritik!“

Bernhard Stoik hat mit 1. September den geschäftsführenden Vorsitz der youunion Wien übernommen. **Manfred Obermüller**, Vorsitzender der HG 1, spricht mit ihm über Herausforderungen und Zukunft der Gewerkschaftsarbeit.



Mit Zuversicht sich Herausforderungen stellen: HG-1-Vorsitzender Manfred Obermüller im Gespräch mit dem geschäftsführenden Vorsitzenden Bernhard Stoik.

von
Karin Zauner-Lohmeyer
 Chefredakteurin teamwork

Welche Themen werden aus deiner Sicht die Arbeitswelt der Mitarbeiter*innen der Stadt Wien in den kommenden fünf Jahren stark beeinflussen?
 Stoik: Thema Nummer eins ist sicherlich das Sparen der Stadt Wien. Die Einsparungen verschärfen die bereits sehr angespannte Personalsituation in einigen Bereichen massiv. Das führt zu einer Verdichtung der Arbeit mit negativen Folgen für die Beschäftigten. Wir brauchen eine Aufgabenkritik! Wir müssen zeitnah mit der Dienstgeberin darüber reden, welche Leistungen wir in Zeiten knapper Budgets erbringen können und welche nicht mehr. Natürlich gewinnt die Künstliche Intelligenz auch in der Verwaltung zunehmend an Bedeutung. Doch sie wird sicherlich nicht – wie von den Neoliberalen behauptet – massenhaft Personal ersetzen. Diese Annahme ist schlichtweg falsch! Fakt ist: Qualitätsvolle Leistungen kosten Geld! Es gibt sie nicht zum Nulltarif. Wer hochwertige kommunale Dienstleistungen erhalten möchte, muss auch in die Menschen investieren, die diese Leistungen erbringen.

Auch die Klimaveränderung trifft den Arbeitsalltag vieler Kolleginnen und Kollegen. Was ist zu tun?
 Hohe und niedrige Temperaturen sowie Starkregenereignisse beeinflussen die Arbeitssituation und die Arbeitsbedingungen vieler Mitarbeiter*innen erheblich. Deshalb benötigen wir klare Schutzmaßnahmen und eine entsprechende Anpassung der Arbeitsorganisation: ausreichende Pausen, geeignete Arbeits- und Schutzkleidung, Schutz vor extremer Hitze und Kälte sowie sichere Arbeitsbedingungen bei Starkregen und anderen Extremwetterereignissen. Der Schutz der Beschäftigten muss dabei im Mittelpunkt stehen. Klimaschutz und Arbeitnehmer*innenschutz gehören zusammen!

Frauen stellen einen großen Teil der Beschäftigten. Welche Aufgaben siehst du in den Bereichen Gewalt, Bezahlung und Benachteiligung?
 Jede Form von Gewalt, Belästigung oder Diskriminierung ist völlig inakzeptabel. Es freut mich sehr, dass die HG 1 bereits seit Jahren ein sichtbares Zeichen setzt. Zum einen durch die jährliche Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“, zum anderen durch das ganzjährige Tragen der „White Ribbon“-Schleife vieler männlicher Personalvertreter als klares Signal. Unabhängig von diesen deutlichen Botschaften müssen Frauen die gleichen Chancen wie Männer erhalten, sowohl was Einkommen als auch Karrierewege betrifft. Gemeinsam mit unserer Frauenorganisation vertreten wir Frauenrechte sehr konsequent und mit Nachdruck. Die neue EU-Lohntransparenzrichtlinie wird uns dabei einen weiteren Schritt voranbringen.

Welche Eigenschaften sollte eine moderne Gewerkschaft unbedingt haben?
 Zukunfts- und Gestaltungsfähigkeit. Die Arbeitswelt entwickelt sich heute deutlich schneller als früher. In Zeiten multipler Herausforderungen gibt es unterschiedliche Möglichkeiten darauf zu reagieren. Entweder in Schockstarre verfallen und sich seinem Schicksal ergeben oder die Ärmel hochkrempeln und anpacken. Eine moderne Gewerkschaft muss zuhören, rasch reagieren und neue Gruppen von Beschäftigten erreichen können. Neue Arten von Kommunikation und Beteiligung spielen dabei eine große Rolle. Gleichzeitig darf sie ihre Grundwerte nie aus den Augen verlieren und natürlich muss weiterhin das Mitglied, der einzelne Mensch, im Mittelpunkt stehen.



Bernhard Stoik (44) wurde in Wien geboren und lebt im 6. Bezirk, wo er sich auch politisch engagiert. Seine Lehre zum Bürokaufmann absolvierte er bei der Stadt Wien, sein gewerkschaftliches Engagement begann in der Hauptgruppe 1.

Stoik ist verheiratet und Vater einer Tochter.

Wie willst du jene Beschäftigten erreichen, die bisher kaum Berührungspunkte mit Gewerkschaftsarbeit hatten?

Indem wir dort präsent sind, wo die Menschen arbeiten. Gewerkschaft darf nicht nur in Sitzungsräumen und am Verhandlungstisch stattfinden. Sie muss in Dienststellen, in Betrieben sowie in Kultur- und Sporteinrichtungen sichtbar sein. Wir müssen zuhören, verständlich kommunizieren und konkrete Lösungen anbieten, die wir auch gemeinsam erarbeiten. Viele Menschen treten einer Gewerkschaft nicht nur wegen großer politischer Debatten bei, sondern weil sie ganz konkrete Unterstützung in ihrem Arbeitsalltag brauchen und dabei einen verlässlichen Partner an ihrer Seite wollen. Genau dort müssen wir ansetzen und diese Arbeit noch intensiver fortsetzen!

Wie wird Solidarität im Arbeitsalltag gelebt?

Solidarität bedeutet, aufeinander zu achten und füreinander einzustehen. Sie zeigt sich, wenn Kolleginnen und Kollegen bei Konflikten und Ungerechtigkeiten nicht wegschauen, gemeinsam für faire Arbeitsbedingungen eintreten oder erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

ihr Wissen weitergeben. Solidarität heißt aber auch, dass starke Gruppen jene unterstützen, die weniger Gehör finden. Dieses Prinzip ist heute genauso aktuell wie vor 100 Jahren.

Was bedeutet Sozialpartnerschaft für dich?

Sie ist eine der großen Stärken Österreichs und ein Erfolgsmodell. Gerade in Wien ist es gemeinsam gelungen, über viele Jahrzehnte eine

funktionierende Partnerschaft aufzubauen und zu etablieren. Sie bedeutet allerdings nicht, dass immer alle einer Meinung sind. Im Gegenteil: Unterschiedliche Interessen und Sichtweisen gehören dazu. Entscheidend ist, dass wir Konflikte auf Augenhöhe austragen. Sozialpartnerschaft bedeutet nicht, Konflikte zu vermeiden, sondern gemeinsam an Lösungen zu arbeiten und tragfähige Kompromisse zu finden.

Wenn du die yunion-Wien in drei Worten beschreiben müsstest: Welche wären das und warum?

Solidarisch, kompetent, zukunftsorientiert. Solidarisch, weil wir nur gemeinsam stark sind und niemand mit seinen Problemen allein bleiben darf. Kompetent, weil unsere Personalvertreter*innen und Betriebsrät*innen täglich beweisen, dass sie die Arbeitswelt und die Anliegen der Beschäftigten genau kennen. Und zukunftsorientiert, weil wir nicht nur auf aktuelle Herausforderungen reagieren dürfen, sondern die Arbeitswelt von morgen aktiv mitgestalten werden.

Was möchtest du den Mitgliedern der HG 1 zum Start deiner neuen Aufgabe mitgeben?

Ein großes Dankeschön an unsere Mitglieder, die täglich dafür sorgen, dass diese wunderbare Stadt großartig funktioniert. Als Landesvorsitzender möchte ich gemeinsam mit ihnen allen die Zukunft gestalten. Die Herausforderungen werden nicht kleiner. Wenn wir aber solidarisch handeln, miteinander reden und geschlossen auftreten, können wir viel erreichen. Die Stärke der yunion liegt im Zusammenhalt und in der Vielzahl ihrer Mitglieder. Packen wir's gemeinsam an! 

chefredakteurin@fsg-hg1.at

„
Eine moderne Gewerkschaft muss zuhören, rasch reagieren und neue Gruppen von Beschäftigten erreichen können.

Nicht einfach weiter wie bisher

Nur beim Personal zu sparen, ist keine Strategie.
Wir brauchen eine Aufgabenkritik!



Manfred Obermüller
Vorsitzender
Hauptgruppe 1

Die vergangenen Jahre haben meist nach demselben Muster funktioniert: Es wurden Gesetze erlassen, die zu erhöhtem Aufwand in der Verwaltung geführt haben. Doch mehr Personal hat es in den allermeisten Fällen nicht gegeben. Und wenn dann auch noch der Druck auf das Stadtbudget höher geworden ist, wurden oft Dienstposten später oder gar nicht nachbesetzt – reflexartig.

Doch gleichzeitig sind Aufgaben, Anforderungen und Erwartungen unverändert bestehen geblieben. Was vielleicht äußerlich nach Einsparung von Dienstposten aussah, bedeutete in der Realität höhere Arbeitsbelastung und zunehmenden Zeitdruck – und das Gefühl, den eigenen Ansprüchen an gute Arbeit immer weniger gerecht werden zu können.

Auch die Tatsache, dass Mehrdienstleistungen künftig stärker im Zeitausgleich konsumiert werden sollten, ist auf lange Sicht keine Lösung. Denn Überstunden sind keine Goodies, sondern immer Ausdruck davon, dass zu wenig Personal für das Erbringen von Leistungen

zur Verfügung steht. Und wenn dann vermehrt Zeitausgleich konsumiert wird, stehen künftig noch weniger Leistungsstunden zur Verfügung.

Es kommt unweigerlich zu einer Arbeitsverdichtung und damit zu Auswirkungen auf den Output der Dienststellen: Längere Verfahren und Abläufe sind die Folge, Bürgerinnen

und Bürger sind dabei die Betroffenen. An sie muss deshalb die sich verändernde Situation kommuniziert werden.

Wir müssen also über mehr reden als über Einsparungsziele beim Personal. Eine offene Aufgabenkritik hat im Vordergrund zu stehen. Es geht darum, was wir weiterhin leisten wollen und können – und was nicht mehr. Es kann sein, dass sich einige Aufgaben und Abläufe nach kritischem Durchdenken als überflüssig herausstellen und über Bord geworfen werden sollten.

Ich halte im Zusammenhang mit Einsparungen im öffentlichen Dienst übrigens auch wenig von populistischen Aussagen, wie sie Staatssekretär Alexander Pröll (ÖVP) im Mai getätigt hat. Er denkt, dass von den 44 Prozent der Bundesbediensteten, die in den kommenden 13 Jahren in Pension gehen, nur jeder zweite Posten nachbesetzt werden sollte. Denn die Künstliche Intelligenz (KI) werde dann entsprechend Aufgaben übernehmen. Da bin ich ja mal gespannt!

Fakt ist: „Weitermachen wie bisher – nur mit weniger“ oder „Es wird schon irgendwie gehen.“ sind aus gewerkschaftlicher Sicht keine Zukunftskonzepte. Wir brauchen eine gemeinsame Aufgabenkritik und werden neue Wege beschreiten müssen. Ich bin davon überzeugt, dass wir auch diese Herausforderungen im guten sozialpartnerschaftlichen Dialog meistern werden. So, wie wir das immer getan haben. ○

manfred.obermueller@wien.gv.at



„Es wird schon irgendwie gehen“ ist aus gewerkschaftlicher Sicht kein Zukunftskonzept.



„Die Vermögenden haben durch die Krisen überproportional profitiert“

Warum große Vermögen immer weiter wachsen und weshalb eine stärkere Besteuerung notwendig ist, erklärt Helene Schuberth, Ökonomin und Bundesgeschäftsführerin für Grundlagen und Interessenpolitik im ÖGB.

von
Karin Zauner-Lohmeyer
Chefredakteurin teamwork

Zauner-Lohmeyer: Wie bewertest du das Doppelbudget der österreichischen Bundesregierung?
Schuberth: Es ist Ausdruck der Kräfteverhältnisse in der Koalition. Einerseits ist es gelungen, dass auch Unternehmen und insbesondere Banken, die in der Krise enorm profitiert haben, zur Budgetkonsolidierung herangezogen werden. Ihr Anteil hätte aber durchaus höher sein können. In einer Zeit, in der es so sehr an Geld fehlt, dass in den Gemeinden sogar Schwimmbäder und Kindergärten geschlossen werden müssen und bei wesentlichen Leistungen des Staates, etwa in der Justiz, der finanzielle Spielraum zunehmend enger wird, wäre es doch logisch, von jenen einen Beitrag zu verlangen, die in den vergangenen Jahren während der Pandemie und der darauffolgenden Energie- und Wirtschaftskrise immens profitiert haben: die extrem Vermögenden. Brandaktuelle Daten der Europäischen Zentralbank (EZB) zeigen

nämlich, dass das durchschnittliche Nettovermögen eines Haushalts der oberen fünf Prozent seit 2019 ca. 160-mal stärker gestiegen ist als bei der unteren Hälfte. Das ist schon bemerkenswert und mich erstaunt, wie wenig das problematisiert wird.

Warum haben eigentlich die Banken in den Krisenjahren so hohe Gewinne gemacht?

Um die Krise zu bewältigen, konnten die Banken bis 2022 günstig Geld bei der Notenbank aufnehmen. Die EZB bot jahrelang extrem günstige Kredite an, um Liquiditätskrisen zu verhindern. Dann sind die Zinsen angestiegen, weil die Inflation bekämpft wurde. Die Banken haben nun einen Teil ihres billig geliehenen Geldes mit bis zu vier Prozent bei der Notenbank veranlagt. Das ist auch ein Grund für die historisch hohen Gewinne der Banken. Letztere summierten sich zwischen 2022 und 2025 auf über 40 Milliarden

Euro. Die Nationalbank ist unter anderem dadurch in die Verlustzone geraten.

Was ist die Folge?

Damit werden keine Gewinne an die Eigentümerin, die Republik Österreich, ausgeschüttet – Geld, das wir für die Budgetkonsolidierung dringend bräuchten.

Warum holt sich die Republik hier nicht Geld zurück?

Das tut sie – über eine Bankenabgabe. Doch diese bringt zusätzlich bis 2029 insgesamt nicht einmal 700 Millionen Euro. Hier wäre viel mehr möglich gewesen.

Die Bundesregierung hat auch eine Senkung der Lohnnebenkosten vorgesehen. Wie denkst du darüber?

Dass dies so vehement von den Wirtschaftsvertretern und Wirtschaftsvertreterinnen gefordert und letztlich umgesetzt wurde, ist fiskalisch verantwortungslos. Es ist aber gelungen, dies weitgehend über den Unternehmenssektor zu finanzieren. In Krisenzeiten wäre es entscheidend, das große Ganze im Blick zu haben – nicht weitere Abgabensenkungen.

Laut Wirtschaftskammer sollen durch geringere Lohnnebenkosten rund 10.000 bis 12.000 Arbeitsplätze geschaffen werden ...

Aus meiner Sicht ist das ein Effekt, der auf optimistischen Annahmen basiert. Wir wissen letztlich nicht, wie die Unternehmen auf die Senkung von Lohnnebenkosten reagieren werden. Ob tatsächlich investiert wird, hängt von vielen Faktoren ab.

Welche Folgen hat die Senkung der Lohnnebenkosten für den Staat?

Grundsätzlich werden über sie wichtige sozialpolitische Leistungen finanziert. Allein die Lohnnebenkostensenkungen der vergangenen zehn Jahre haben den Einrichtungen drei Milliarden Euro entzogen. Es geht jetzt munter weiter: Die Wirtschaftsvertreter und Wirtschaftsvertreterinnen opponieren nun gegen die gesetzlich vorgeschriebene Wiederanhebung der Beiträge zum Insolvenzentgeltfonds – diese Beiträge wurden ja von 0,55 Prozent (2014) auf zuletzt 0,1 Prozent gesenkt. Wenn dieser Beitrag nicht auf 0,2 Prozent angehoben wird, würden Beschäftigte um ihre Gehälter für bereits erfolgte Arbeit umfallen.

Was wäre aus deiner Sicht in der aktuellen wirtschaftlichen Situation die wichtigste Maßnahme? Angesichts der enormen budgetären Herausforderungen – und des gleichzeitigen Bedarfs an Investitionen, etwa in die Gemeindeinfrastruktur wäre eine Anhebung der vermögensbezogenen Steuern auf den OECD-Durchschnitt sinnvoll! Dann hätte Österreich pro Jahr sechs bis sieben Milliarden Euro mehr. Eine Steuer auf Millionenerbschaften und Vermögen würde nur



einen ganz kleinen Teil der Haushalte treffen, weil eben das Vermögen in Österreich extrem konzentriert ist.

Wie sieht der ÖGB-Entwurf einer Erbschaftsteuer aus?

Es wären ein bis zwei Prozent der Haushalte betroffen. Denn es ist überhaupt nicht einsehbar, dass leistungslose Einkommen durch Erbschaften in Millionenhöhe nicht besteuert werden.

Ist das Einführen einer Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer in der österreichischen Bevölkerung mehrheitsfähig?

Ja, die Mehrheit der Bevölkerung ist mittlerweile für eine Besteuerung von Millionenerbschaften und Vermögen. ○

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Helene Schuberth, MPA Harvard University,

ist Bundesgeschäftsführerin des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) für Grundlagen und Interessenpolitik. Zuvor war sie in verschiedenen Positionen in der Österreichischen Nationalbank tätig, zuletzt fungierte sie als Abteilungsleiterin der Auslandsanalyseabteilung. Sie war in den Jahren 2007/08 wirtschaftspolitische Beraterin des Bundeskanzlers und später des Bundespräsidenten. Sie studierte an der Universität Wien, der Wirtschaftsuniversität Wien und an der Harvard University Ökonomie. An diversen Universitäten unterrichtete sie Wirtschaftswissenschaften.



Beitragsfrei ist nicht sozial gerecht

Ist ein beitragsfreier Kindergarten für alle Familien – auch für wohlhabendere – noch zeitgemäß und sozial gerecht? Diese Frage muss in Zeiten knapper öffentlicher Budgets gestellt werden.



Manfred Obermüller
HG 1-Vorsitzender



Margit Pollak
HG 1-Vorsitzender-
Stellvertreterin

Als der beitragsfreie Kindergarten 2009 eingeführt wurde, galt er als wichtiger sozialpolitischer Meilenstein. Schon damals gab es allerdings kritische Stimmen. Sie warnten davor, dass öffentliche Gelder nach dem Gießkannenprinzip verteilt würden und damit auch Familien profitierten, die einen angemessenen Kostenbeitrag problemlos selbst leisten könnten.

Vor der Einführung des „beitragsfreien Modells“ war die Situation eine andere. Die Kosten für den Kindergarten waren sozial gestaffelt. Familien mit geringem Einkommen zahlten weniger oder gar nichts, während besserverdienende Eltern einen höheren Beitrag leisteten. Dieses System verband sozialen Ausgleich mit Eigenverantwortung.

Heute stehen Länder und Gemeinden unter massivem finanziellem Druck. Gleichzeitig kämpfen Kindergärten mit Personalmangel, steigenden Betriebskosten und einem enormen Investitionsbedarf. Zusätzliche Fachkräfte, kleinere Gruppen, moderne Ausstattung oder klimafitte Gebäude kosten Geld – Geld, das vielerorts fehlt.

Wer mehr verdient, soll mehr beitragen

Gerade deshalb darf eine Rückkehr zu sozial gestaffelten Elternbeiträgen kein Tabuthema sein.

Wer über ein höheres Einkommen verfügt, sollte einen fairen Beitrag leisten. Die dadurch frei werdenden öffentlichen Mittel müssen gezielt dort eingesetzt werden, wo sie dringend benötigt werden: für bessere Arbeitsbedingungen des Personals, mehr Qualität in der Betreuung und Investitionen in die Zukunft unserer Kinder.

Auch die häufig kolportierte Behauptung, ein Kindergartenplatz der Stadt Wien sei wesentlich teurer als jener der privaten Betreiber, verdient eine differenzierte Betrachtung. Ein solcher Vergleich greift zu kurz. Private Einrichtungen finanzieren sich vielfach über zusätzliche Elternbeiträge für bilinguale Betreuung, besondere pädagogische Konzepte oder andere Zusatzangebote. Monatliche Mehrkosten zwischen 150 und 250 Euro sind keine Seltenheit. Hinzu kommen Unterschiede bei Öffnungszeiten sowie Schließtagen und dass 93 Prozent aller Inklusionsplätze, die natürlich kostenintensiver sind, von der Stadt Wien MA 10 abgedeckt werden.

Der oft verwendete Begriff „Gratis-Kindergarten“ ist daher irreführend. Kostenlos ist die Betreuung nur auf den ersten Blick. Tatsächlich trägt die Allgemeinheit die Grundkosten über Steuermittel – und viele Eltern leisten in privaten Einrichtungen darüber hinaus zusätzliche Zahlungen.

Debatte benötigt

Selbstverständlich bedarf die Wiedereinführung sozial gestaffelter Beiträge organisatorischer Maßnahmen. Die Verwaltung würde aufwendiger, Einkommensnachweise müssten geprüft und laufend aktualisiert werden. Dieser nicht zu unterschätzende Mehraufwand darf

kein Argument sein, um eine notwendige Debatte bereits im Vorfeld abzuwürgen.

Dabei geht es nicht um die Abschaffung des beitragsfreien Kindergartens für jene Familien, die auf Unterstützung angewiesen sind. Im Gegenteil: Niemand soll aus finanziellen Gründen auf frühkindliche Bildung verzichten müssen. Vielmehr stellt sich die Frage, wie öffentliche Förderungen künftig treffsicherer eingesetzt werden können.

Ein denkbares Modell wäre eine einkommensabhängige Staffelung mit Freigrenzen, kombiniert mit einer Betreuung für das verpflichtende Kindergartenjahr oder für einen definierten Betreuungsumfang. Zusätzliche Betreuungszeiten sollten – wie bereits in einigen Bundesländern – kostenpflichtig angeboten werden.

Sorgsamer Einsatz öffentlicher Mittel

Die eigentliche Frage lautet daher nicht, ob wir uns einen beitragsfreien Kindergarten leisten wollen. Die Frage lautet vielmehr, ob wir es uns leisten können, öffentliche Mittel weiterhin unabhängig vom Einkommen aller Familien zu gewähren.

Wer Verteilungsgerechtigkeit ernst nimmt, muss sich dieser Diskussion stellen. Denn soziale Treffsicherheit bedeutet nicht weniger Solidarität – sondern einen verantwortungsvolleren Umgang mit öffentlichen Geldern und mehr Spielraum für Investitionen in die Qualität der Betreuung unserer Kindergärten. ◻

manfred.obermueller@wien.gv.at
margit.pollak@wien.gv.at



Nicht jede Förderung muss für alle gleich sein, damit sie gerecht ist.



Frühkindliche Bildung soll für alle zugänglich bleiben: Familien, die Unterstützung benötigen, sollen weiterhin gefördert werden – doch öffentliche Mittel sollen gezielter und treffsicherer eingesetzt werden.



„Größtes Kopfzerbrechen bereitet mir die Zinsentwicklung“

Warum eine nachhaltige Konsolidierung des Stadtbudgets nur mit deutlicherem Wirtschaftswachstum gelingen kann, erklärt Finanzdirektor Christoph Maschek im teamwork-Gespräch.

Zauner-Lohmeyer: Wie funktioniert die Budgetplanung in der Wiener Stadtverwaltung?

Maschek: Wir haben eine rollierende mittelfristige Finanzplanung mit einem Planungshorizont von fünf Jahren. Zusätzlich haben wir jährlich den sogenannten Voranschlags- oder Budgeterstellungsprozess, bei dem wir diese fünf Jahre dann im Detail auf ein Jahr herunterbrechen. Der ganze Prozess beginnt mit dem Voranschlagserlass. Dieser ergeht von mir an alle Dienststellen und beinhaltet die Terminvorgaben und die Regelungen für die Budgetierung. Parallel dazu berechnen wir die bei der Budgetierung von den Geschäftsgruppen einzuhaltenden Geschäftsgruppen-Salden. Im Hinblick auf die eingeräumten Geschäftsgruppen-Salden erfolgt dann die weitere Budgetierung dezentral durch die Geschäftsgruppen. Da werden mehr als 25.000 Haushaltskonten bespielt.

Wann erfolgt die politische Abstimmung?

Maschek: Während die Geschäftsgruppen ihre Konten beplanen, finden laufend intensive politische Gespräche statt. Aufgrund deren Ergebnisse wird letztendlich dann der über 500 Seiten dicke Voranschlag erstellt. Dies ist ein extrem aufwendiger und ressourcenintensiver Prozess für die Verwaltung. Selbst wenn Anfang September die politischen Gespräche abgeschlossen sind und das Budget dem Grunde nach steht, kann der Voranschlag erst im Dezember beschlossen werden, weil es neben den umfangreichen Erstellungsarbeiten auch noch eine vierwöchige Einsichtsfrist für die Bevölkerung gibt. Danach folgt eine gemeinsame Sitzung von Stadtsenat und Finanzausschuss, im Anschluss gibt es eine zweitägige Debatte im Gemeinderat, in der das Budget beschlossen wird.

Wie oft wird kontrolliert, ob sich die Stadt auf dem vereinbarten Budgetpfad befindet?

Maschek: Viermal pro Jahr wird der Ist-Stand bis Jahresende prognostiziert. Diese Planungsvorschau ist in Zeiten steigender Zinskosten gerade im Hinblick auf den Liquiditätsbedarf enorm wichtig.

Obermüller: Wenn aufgrund aktueller Erfordernisse Einsparen angesagt ist: Gibt es dann fixe Vorgaben der Finanzverwaltung für jede Geschäftsgruppe?

Maschek: Ja, die gibt es. Im besten Fall ist es so, dass es einen politischen Konsens darüber gibt, wo die inhaltlichen Schwerpunkte liegen. Das erleichtert Entscheidungen.

Wie stark wird das Wiener Budget von der allgemeinen Wirtschaftslage beeinflusst?

Maschek: Sehr stark. Jede Gebietskörperschaft finanziert sich zum überwiegenden Teil aus Steuereinnahmen. Bei hohem Wirtschaftswachstum steigen etwa die Einkommens- und Umsatzsteuer, es sprudeln also die Einnahmen. Stagniert die Wirtschaft, führt das zu Engpässen in den öffentlichen Haushalten. Das heißt: Eine nachhaltige Konsolidierung des Stadtbudgets kann daher nur mit deutlicherem Wirtschaftswachstum gelingen!

Obermüller: Wien wird in den Medien beim Thema Finanzen oft falsch dargestellt, denn es wird mit Bundesländern verglichen, obwohl Wien nicht nur Land, sondern auch Gemeinde ist.

Maschek: Genau. Wien ist aber primär Gemeinde. Das heißt, wir haben viel mehr Aufgaben als eine reine Landesverwaltung, etwa Schulen, Kindergärten und die Pflege. Wenn man einen Schuldenstandsvergleich anstellt, dann kann man Wien nicht mit einem Bundesland vergleichen, sondern man muss Wien mit dem Bundesland inklusive seiner Gemeinden betrachten.

In welchen Bereichen der Finanzverwaltung sehen Sie Handlungsbedarf?

Maschek: Wir haben das Beteiligungsmanagement der Stadt komplett neu aufgestellt und fokussieren uns nun auf das Liquiditätsmanagement, damit wir in Zeiten steigender Zinsen nur die geringstmöglichen Fremdmittel aufnehmen müssen. Dabei ist die Prognosequalität der Geschäftsgruppen ein entscheidender Faktor.

Was sind derzeit die größten Herausforderungen in Ihrer Funktion?

Maschek: Das größte Kopfzerbrechen bereitet mir die Zinsentwicklung, die aktuell nur nach oben zeigt. Damit wird jede Verschuldung teurer. Und dann ist da die Frage nach Inflationen- und Wirtschaftsentwicklung. Verwerfungen in der Weltwirtschaft wirken sich immer auch auf uns aus. Ich bin seit 2022 Finanzdirektor: Wir hatten eine Energiekrise, eine Teuerungskrise und die Ausläufer der Corona-Krise. Eine Krise wechselt sich mit der nächsten ab. Diese Dynamik ist schon sehr fordernd.

Welche Rolle spielt KI in der Finanzverwaltung?

Maschek: Bei der Förderabrechnung, im Controlling und in der Datenaufbereitung können wir uns KI gut vorstellen. Man muss sich aber davon verabschieden, durch KI Personal reduzieren zu können. Die Arbeit wird ja nicht weniger – im Gegenteil, die Arbeitsprozesse werden sich ändern, denn es wird immer jemanden brauchen, der drüberschaut.



Ich bin seit 2022 Finanzdirektor: Wir hatten eine Energiekrise, eine Teuerungskrise und die Ausläufer der Corona-Krise. Eine Krise wechselt sich mit der nächsten ab. Diese Dynamik ist schon sehr fordernd.

Christoph Maschek

Obermüller: Ist geplant, dass zwischen den Bundesländern eine Verrechnung für Leistungen stattfindet – ähnlich wie es bei den Spitälern nun kommen soll?

Maschek: Ich hoffe, dass es bei diesem Thema zu Fortschritten kommt. Es macht wirtschaftlich grundsätzlich keinen Sinn, Strukturen doppelt vorzuhalten. Voraussetzung ist jedoch eine gerechte bzw. kostendeckende Verrechnung.

Obermüller: Dazu passend: Wir fordern als Gewerkschaft angesichts der Spardebatte eine Aufgabenkritik.

Maschek: Gut so. Die Welt hat sich weiterentwickelt und wir müssen uns die Frage stellen: Welche Aufgaben muss eine Gebietskörperschaft heute wirklich in welcher Form und in welchem Umfang erbringen? ○

Mag. Christoph Maschek ist seit Juli 2022 Finanzdirektor der Stadt Wien und leitet als Gruppenleiter die Finanzverwaltung. Gleichzeitig fungiert er als Dienststellenleiter der MA 5 (Finanzwesen).



Die Berufsrettung Wien braucht mehr Personal

Stillstand ist Rückschritt: Die MA 70 – Berufsrettung Wien steht für höchste Qualität, Verlässlichkeit und Stabilität. Was es benötigt, damit es so bleibt.

Die Berufsrettung Wien steht vor einer Entwicklung, die nicht ignoriert werden darf. Wien wächst stetig, die Einsatzzahlen steigen und die Anforderungen an die Notfallversorgung werden immer komplexer. Gleichzeitig stößt das bestehende Personal zunehmend an seine Belastungsgrenzen. Wir sind die Grundlage einer verlässlichen Gesundheitsversorgung und keine Zusatzleistung.

Hohe fachliche Kompetenz

Die Berufsrettung Wien ist weit mehr als ein Rettungsdienst. Sie ist ein zentraler Pfeiler der öffentlichen Daseinsvorsorge und steht für Sicherheit, Stabilität und Verlässlichkeit. Mit höchsten Standards in der präklinischen Notfallversorgung setzen wir Maßstäbe weit über Wien hinaus und gewährleisten die medizinische Versorgung der Bevölkerung rund um die Uhr.

Diese Qualität verdanken wir jenen Menschen, die täglich ihren Dienst leisten. Berufssanitäter*innen erfüllen heute hohe fachliche Anforderungen und verfügen über Qualifikationen, die weit über den Transport hinausgehen. Bereits am Einsatzort werden wichtige medizinische Maßnahmen gesetzt, die Patient*innen unmittelbar helfen und gleichzeitig Krankenhäuser und Ambulanzen entlasten.

Diese professionelle Versorgung ist nicht nur medizinisch sinnvoll, sondern auch wirtschaftlich vernünftig. Sie verhindert unnötige Transporte, reduziert Folgekosten und ermöglicht einen effizienteren Einsatz der Ressourcen im Gesundheitswesen. Investitionen in die Berufsrettung Wien sind daher Investitionen in Versorgungssicherheit und Effizienz.

Steigende Belastungen, hohe Anforderungen

Die Realität zeigt leider jedoch eine andere Seite: steigende Belastung, Überstunden und Erschöpfung. Während die Stadt wächst und die Anforderungen zunehmen, nehmen Personalstand und Infrastruktur nicht im gleichen Ausmaß zu. Das gefährdet langfristig die Gesundheit der Mitarbeiter*innen und die Stabilität eines Systems, auf das sich die Wiener Bevölkerung jederzeit verlassen können muss.

Wir vertrauen darauf, dass den Entscheidungsträger*innen der Stadt Wien die Bedeutung einer starken und ausreichend ausgestatteten Berufsrettung bewusst ist. Wer höchste Standards erhalten will, muss die Voraussetzungen dafür schaffen.

Stillstand ist Rückschritt. Fortschritt bedeutet für die Berufsrettung Wien vor allem eines: mehr Personal und ausreichend Räumlichkeiten, um auch künftig die Sicherheit, Qualität und Verlässlichkeit zu bieten, die Wien verdient. Wir stehen für höchste Standards – nicht für das gesetzliche Minimum und schon gar nicht für ein „Nice to Have“. 

thorsten.brandstetter@wien.gv.at



Thorsten Brandstetter
Vorsitzender-
Stellvertreter DA 118 –
Berufsrettung Wien

So funktioniert das neue Bonuspunkte-System bei Wiener Wohnen

Durch die klaren Regeln der Wohnungsvergabe NEU wird der Zugang zur Gemeindewohnung oder geförderten Wohnung fairer und transparenter.

Kernstück der Wohnungsvergabe NEU ist ein transparentes Bonuspunkte-System, das die unterschiedlichen Lebenssituationen der Wohnungssuchenden berücksichtigt. An die Stelle eines starren Kriterienkatalogs tritt ein flexibles Modell: Wer mehr Unterstützung benötigt, erhält auch mehr Punkte.

Der Vergabeprozess ist einfach, transparent und nachvollziehbar gestaltet. Wer die allgemeinen Zugangskriterien erfüllt, erhält ein Wiener Wohn-Ticket für Gemeindewohnungen und geförderte Wohnungen. Die Vergabe von Gemeindewohnungen und geförderten Wohnungen erfolgt anhand klar definierter Kriterien mit jeweils festgelegten Punktwerten, die gemeinsam mit Expert*innen entwickelt wurden. Für folgende Lebensumstände werden Bonuspunkte angerechnet:

- **Wien-Bonus** – hat seit mindestens sechs Jahren einen durchgehenden Hauptwohnsitz in Wien.
- **Lange Wartezeit** – hat trotz aktiver Wohnungssuche noch keine Erstreichung bei einer Wohnung erreicht.
- **Jungwiener*in** – ist unter 25 Jahre alt, verfügt über keinen eigenen Hauptmietvertrag und der künftige Haushalt besteht aus maximal zwei Personen.
- **Überbelag** – wohnt aktuell als Hauptmieter*in in einer Wohnung, die aufgrund der Haushaltsgröße zu klein ist.
- **Alleinerziehend** – lebt ohne Partner*in und betreut Kinder im gemeinsamen Haushalt.
- **Aus- und Weiterbildung** – absolviert eine Aus- oder Weiterbildung mit einem entsprechenden Stundenausmaß.
- **Schwangerschaft** – die Wohnwerberin oder die Partnerin ist schwanger.
- **Wohnkosten** – bezieht Wohnbeihilfe oder Mindestsicherung mit ausgewiesenem Wohnkostenanteil.
- **Wechsel in kleinere Wohnung** – ist Hauptmieter*in und möchte in eine Wohnung mit weniger Wohnräumen übersiedeln.
- **Wohnungswechsel ab 65 Jahren aus dem Gemeindebau** – ist Hauptmieter*in in einer Gemeindewohnung und hat das 65. Lebensjahr vollendet.



Christian Stift-Akkilic
Vorsitzender DA 113 –
Wohnungswesen und
Liegenschaften

- **Wohnung ohne Bad und/oder WC** – die aktuelle Wohnung verfügt über kein Bad und/oder kein WC innerhalb der Wohnung.
- **Trennung/Scheidung** – muss aufgrund einer Trennung oder Scheidung aus der gemeinsamen Wohnung ausziehen.
- **Drohender Wohnungsverlust** – steht kurz davor, die aktuelle Wohnung zu verlieren.
- **Betreute Person** – lebt in einer sozialen Einrichtung oder wird dort betreut.
- **Wohnbedarf aufgrund häuslicher Gewalt** – es besteht dringender Wohnbedarf aufgrund von Gewalt im gemeinsamen Haushalt.
- **Chronische Mobilitätseinschränkung** – oder eine anrechenbare Person hat eine dauerhafte Mobilitätseinschränkung und die Wohnung ist dafür nicht geeignet.
- **Pflege zu Hause** – der*die Wohnwerber*in oder ein Haushaltsmitglied hat Pflegebedarf ab Pflegestufe 3 und wird zu Hause betreut.

Alle detaillierten Infos – inklusive Downloadlink zu den Vergaberichtlinien – sind unter **wohnberatung-wien.at** abrufbar.



Künftig werden Lebenslagen mit besonders hohem Wohnbedarf noch stärker berücksichtigt. Gleichzeitig bleibt bestehen, was sich bewährt hat: So sorgt der Wien Bonus weiterhin dafür, dass langjähriges Wohnen in Wien bei der Wohnungsvergabe berücksichtigt wird. Die Wohnungsvergabe NEU ist am 22. September 2026 gestartet und die Vergabe erfolgt nunmehr ausschließlich über das neue System. **o**

christian.stift-akkilic@wien.gv.at

Das Verwaltungsgericht am Limit

Die Bediensteten des Verwaltungsgerichts Wien sind seit Jahren überlastet. Um Qualität, Unabhängigkeit und Genauigkeit unseres Rechtssystems aufrechtzuerhalten, braucht es mehr Geld. Denn nur ausreichend Personal und moderne Arbeitsbedingungen garantieren einen wirksamen Rechtsstaat.



Ausreichend Personal und moderne Arbeitsbedingungen an den Gerichten garantieren Rechtssicherheit und stärken das Vertrauen in den Staat.

Das Verwaltungsgericht Wien (VGW) ist eine tragende Säule des österreichischen Rechtsstaates. Es entscheidet über Beschwerden gegen Bescheide der Verwaltung und überprüft behördliches Handeln. Damit schützt es die Rechte der Bürger*innen und garantiert, dass Verwaltung auf Grundlage der Gesetze erfolgt.

Doch das Gericht steht seit Jahren unter enormem Arbeitsdruck. Der Akteneinlauf steigt kontinuierlich an, während die personellen Ressourcen mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten. Die Tätigkeitsberichte des VGW zeigen deutlich, dass die Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden seit Jahren deutlich über der Zumutbarkeitsgrenze liegt. Daher wurde vom Dienststellenausschuss 126 – Verwaltungsgericht Wien ein Katalog an internen Effizienzsteigerungsmaßnahmen ausgearbeitet. Im Rahmen der Debatte über den Tätigkeitsbericht für das Jahr 2025 wurde ein daraus abgeleitetes Forderungspapier an den Ersten Präsidenten des Wiener Landtages überreicht. Mit Zahlen und Fakten wurde darin die Überlastung der Mitarbeitenden am VGW dargestellt.

Überlastung ist riskant

Hinter diesen Zahlen stehen Menschen: Amtshelf*innen, Kanzleibedienstete, juristische Mitarbeitende, Rechtspfleger*innen und Richter*innen, die tagtäglich eine Vielzahl komplexer

Verfahren bearbeiten und rechtlich fundierte Entscheidungen treffen. Qualität, Unabhängigkeit und Genauigkeit sind das Fundament judizieller Arbeit – sie lassen sich jedoch nicht beliebig beschleunigen. Eine dauerhafte Überlastung gefährdet nicht nur die Gesundheit der Bediensteten, sondern bedroht den effektiven Rechtsschutz.

Ein leistungsfähiger Rechtsstaat braucht leistungsfähige Gerichte. Wer möchte, dass Verfahren rasch, sorgfältig und unabhängig entschieden werden, muss für ausreichendes Personal und moderne Arbeitsbedingungen an den Gerichten sorgen. Budgetmittel für das VGW sind keine bloßen Kosten, sondern Investitionen in Demokratie, Rechtssicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat.

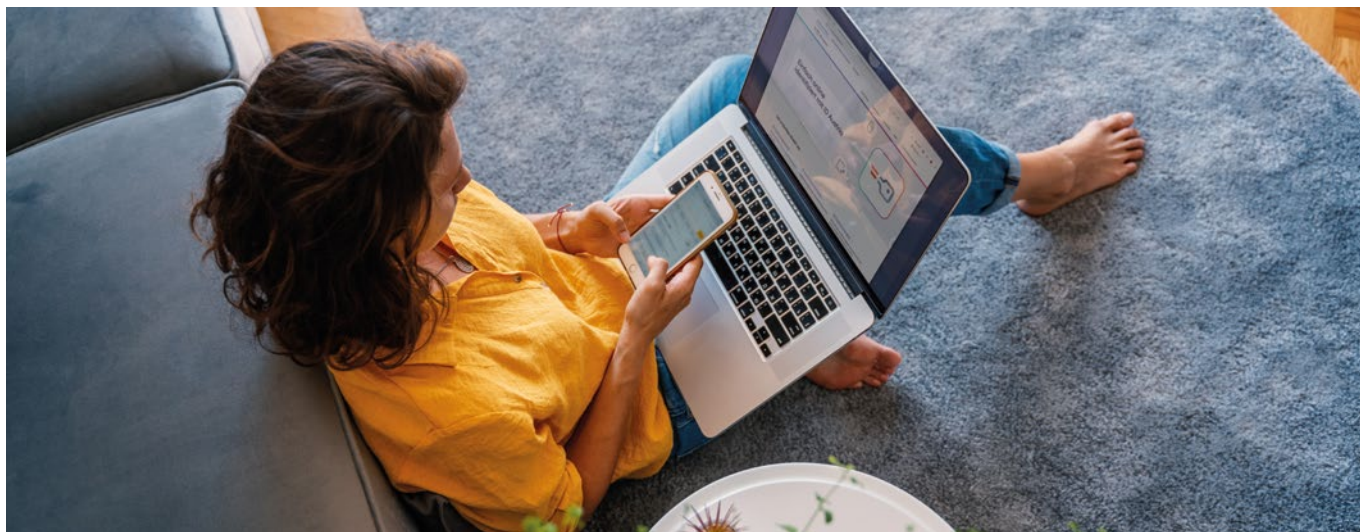
Kernaufgabe Demokratie

Wien ist zu Recht stolz auf die Leistungen der Daseinsvorsorge. Bei aller Bedeutung von Kindergärten, Wasserleitungen, Krankenhäusern und dem öffentlichen Verkehr darf aber auf die Kernaufgaben des Staates nicht vergessen werden. Denn ohne unabhängige Gerichte gibt es keinen wirksamen Rechtsschutz, keine Kontrolle staatlicher Macht und letztlich auch keine Demokratie! ○

lydia.kovar-keri@vgw.wien.gv.at



Lydia Kovar-Keri
Vorsitzende DA 126 –
Verwaltungsgericht Wien



Mit der ID Austria werden Amtswege einfacher

Durch die neue Identifizierung können sich Bürger*innen digital ausweisen, Anträge einbringen und Dokumente rechtsverbindlich signieren – geprüft, sicher und unabhängig von Öffnungszeiten.

Ein häufig zitiertes chinesisches Sprichwort lautet: „Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen.“ Die ID Austria steht für eine solche Veränderung, weil sie Behördenwege einfacher, schneller und unabhängig von Öffnungszeiten zugänglich macht.

Als Weiterentwicklung der Handy-Signatur und der Bürgerkarte dient sie als behördlich geprüfter digitaler Identitätsnachweis, mit dem sich Bürger*innen online ausweisen, Anträge einbringen und Dokumente rechtswirksam unterschreiben können. Dazu zählen etwa die An-, Um- oder Abmeldung eines Wohnsitzes, die Beantragung einer Wahlkarte, die Unterstützung eines Volksbegehrens sowie die Bestellung verschiedener Urkunden. Auch zahlreiche Leistungen der Stadt Wien können bereits digital erledigt werden.

Digitale Amtswege rund um die Uhr

Die Registrierung ist in Wien bei den Magistratischen Bezirksämtern sowie beim Stadtservice Wien möglich und wird auch bei der Ausstellung eines Reisepasses oder Personalausweises angeboten. Benötigt werden ein amtlicher Lichtbildausweis, ein Mobilgerät und die App „ID Austria“. Danach können digitale Amtswege rund um die Uhr genutzt werden, wodurch Anfahrtswege, Wartezeiten und die Bindung an Parteienverkehrszeiten entfallen.



**Digitalisierung
schafft mehr
Wahlfreiheit
im Alltag.**



Kurt Mrzena-Merdinger
HG 1-Vorsitzender-
Stellvertreter

Gleichzeitig ist nachvollziehbar, dass viele Menschen Fragen zur Datensicherheit haben, denn die digitale Weitergabe persönlicher Informationen verlangt Vertrauen. Die ID Austria unterliegt den Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung und des österreichischen Datenschutzgesetzes. Vor jeder Datenübermittlung wird angezeigt, welche Informationen weitergegeben werden, wobei die Nutzer*innen ausdrücklich zustimmen müssen. Zusätzlichen Schutz bieten der Gerätecode oder eine biometrische Bestätigung, während der Verwendungsverlauf anzeigt, wann die digitale Identität eingesetzt wurde.

ID Austria ergänzt Service

Trotz dieser Sicherheitsmechanismen bleibt ein bewusster Umgang wichtig, weshalb die App ausschließlich aus offiziellen App-Stores geladen werden sollte und unbekannte Links nicht geöffnet werden sollten.

Die ID Austria ersetzt persönliche Servicestellen nicht, sondern ergänzt sie um einen zeitgemäßen Zugang, von dem besonders Menschen mit Betreuungspflichten, eingeschränkter Mobilität oder wenig Zeit profitieren. Digitalisierung wird dann zur Chance, wenn sie verständlich, sicher und für alle zugänglich gestaltet ist. 

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at



MITARBEITER*INNENFEST DER HG 1

EINLADUNG

MITARBEITER*INNENFEST DER HAUPTGRUPPE 1

Manfred Obermüller und sein Team laden
zum gemütlichen Gedankenaustausch ein.

**DIENSTAG, 17. NOVEMBER 2026
AB 16.00 UHR**

im Arkadenhof des Wiener Rathauses
(Zugang über den Eingang Lichtenfelsgasse)

GEWINNSPIEL

Unter allen Teilnehmer*innen verlosen wir
3 x Candle Light Dinner (für je 2 Personen)



Personalvertretung

Intensive Diskussionen, persönliche Begegnungen und die Frage, wie die Arbeitswelt der Beschäftigten in der Daseinsvorsorge in den kommenden Jahren gestaltet werden kann, standen im Mittelpunkt der Kongresse. Beim **2. Bundeskongress** legte die youunion mit dem Zukunftspapier ihren politischen Kurs bis 2031 fest. Gute und gesunde **Arbeitsbedingungen**, moderne Arbeitszeitmodelle, die Gestaltung von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz, **Diversität** sowie eine starke öffentliche **Daseinsvorsorge** zählen zu den zentralen Schwerpunkten. Gerade in Zeiten von Fachkräftemangel und gesellschaftlichem Wandel sind gute Rahmenbedingungen sowie ein starkes Bekenntnis gegen Privatisierung erforderlich – im Sinne jener Menschen, die täglich dafür sorgen, dass öffentliche Leistungen funktionieren. Die Delegierten bestätigten **Christian Meidlinger** zudem mit 98,55 Prozent der Stimmen erneut als Vorsitzenden der youunion.

Ein starkes Signal ging auch vom **2. Bundesfrauenkongress** aus. Unter dem Motto „**Gleichberechtigt. Selbstbestimmt. Gewaltfrei. LEBEN.**“ beschlossen die Delegierten zentrale frauenpolitische Forderungen für die kommenden fünf Jahre. Im Fokus stehen die Schließung des **Gender-Pay-Gaps**, bessere **Aufstiegchancen** für Frauen, mehr **Vereinbarkeit** von Beruf und Familie, Frauengesundheit sowie Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen. Mit 98,41 Prozent der Stimmen wurde **Sabine Slimar-Weißmann** zur neuen Bundesfrauenvorsitzenden gewählt. Gemeinsam mit dem Bundesfrauenpräsidium wird sie die frauenpolitische Arbeit der youunion – Die Daseinsgewerkschaft in den kommenden Jahren gestalten.

Beide Kongresse machten deutlich, was Gewerkschaft ausmacht: Menschen, die ihre Erfahrungen einbringen, Verantwortung übernehmen und gemeinsam Lösungen entwickeln. Die Beschlüsse sind gefasst, die Richtung ist klar. Jetzt gilt es, die gesetzten Ziele umzusetzen. Denn die Zukunft entsteht nicht von selbst. Wir schreiben sie gemeinsam. 

BUNDESKONGRESS 2026 AUF EINEN BLICK

Christian Meidlinger mit 98,55 % als Vorsitzender wiedergewählt | **Zukunftspapier 2026 bis 2031** beschlossen | **Schwerpunkte:** Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit, Digitalisierung, Diversität, Daseinsvorsorge.

BUNDESFRAUENKONGRESS 2026

Sabine Slimar-Weißmann mit 98,41 % zur Bundesfrauenvorsitzenden gewählt | Leit-antrag „**Gleichberechtigt. Selbstbestimmt. Gewaltfrei. LEBEN.**“ beschlossen | **Fokus** auf Gleichstellung, Frauengesundheit, Chancengerechtigkeit und Gewaltschutz.

Wir schreiben Zukunft

Hunderte Delegierte und Gewerkschafter*innen aus ganz Österreich kamen in Wien zum Bundesfrauenkongress sowie zum Bundeskongress 2026 der youunion – Die Daseinsgewerkschaft zusammen.



Christian Meidlinger wurde als Vorsitzender der youunion wiedergewählt.



Sabine Slimar-Weißmann wurde zur neuen Bundesfrauenvorsitzenden gewählt.



Die Zukunft entsteht nicht von selbst.
Wir schreiben sie gemeinsam.



Sabine Slimar-Weißmann und Christa Hörmann



Fragen & Antworten



Margit Pollak
HG 1-Vorsitzende-
Stellvertreterin

Bekomme ich trotz Sparpaket weiterhin mein Jobticket?

Ja. Beschäftigte der Stadt Wien, die bereits bisher ein Jobticket bezogen haben, erhalten dieses auch weiterhin. Für Jahreskarten mit einem Gültigkeitsbeginn vor dem 1. Jänner 2026 werden die Kosten bis zu einer Höhe von 365 Euro ersetzt. Für Jahreskarten, die ab dem 1. Jänner 2026 gelten, beträgt der Kostenersatz aufgrund der Tarifänderung bis zu 461 Euro.

Für Neue erst nach 30 Monaten

Mitarbeiter*innen, die ihren Dienst erst nach dem 1. Jänner 2026 angetreten haben, fallen unter eine neue Regelung: Sie erhalten das Jobticket erst nach 30 Monaten Dienstzugehörigkeit. Lehrlinge sind davon ausgenommen – ihnen steht der Kostenersatz bereits ab den ersten Monaten ihres Lehrverhältnisses zu, auch wenn ihr Lehrbeginn nach dem 1. Jänner 2026 liegt.

Ein Jobticket kann nur bezogen werden, solange ein Anspruch auf Monatsbezug, Lehrlingseinkommen, Entgeltfortzahlung, Wochengeld oder einen Zuschuss zum Krankengeld besteht. Bei gerechtfertigten

Abwesenheiten – etwa während einer Elternkarenz, eines Karenzurlaubs oder eines Freijahres – bleibt der Anspruch zunächst bestehen und erlischt erst ab Beginn des vierten Monats der Abwesenheit.

Kostenersatz bei Personalstelle einreichen

Das Jobticket muss unter Vorlage einer Kopie der Jahreskarte oder der Rechnung bei der zuständigen Personalstelle beantragt werden. Der Kostenersatz wird über die MA 2 im Rahmen der Gehaltsverrechnung ausbezahlt. Er erfolgt ab dem Beginn der Gültigkeit des Tickets, frühestens jedoch ab jenem Monat, in dem der Antrag bei der Personalstelle eingelangt ist. Wird ein Folgeantrag verspätet eingebracht, kann der Kostenersatz erst ab dem Monat des Antragsbeginns gewährt werden.

Endet der Anspruch auf das Jobticket, wird ein bereits ausbezahlter anteiliger Kostenersatz von der MA 2 zurückgefordert. ◯

margit.pollak@wien.gv.at



Michael Lewisch
Leitender Referent für
Bildung, internationale
Vertretung, Organisations-
entwicklung und Jugend

Urlaubs- und Weihnachtsgeld – keine Selbstverständlichkeit!

Was zweimal im Jahr wie üblich am Konto aufscheint, ist eine wichtige gewerkschaftliche Errungenschaft – und muss auch entsprechend abgesichert werden. Urlaubs- und Weihnachtsgeld gehören für die Mitarbeiter*innen der Stadt Wien selbstverständlich zum Einkommen – doch genau diese Selbstverständlichkeit ist das Ergebnis engagierter gewerkschaftlicher Arbeit.

Denn Sonderzahlungen sind kein Geschenk der Dienstgeberin. Sie wurden von den Gewerkschaften über viele Jahre erkämpft und sind auch heute Teil der jährlichen Gehaltsverhandlungen. Das bedeutet: Wenn über die Einkommen der Gemeindebediensteten verhandelt wird, werden auch Urlaubs- und Weihnachtsgeld mitverhandelt und damit abgesichert.

Gerade in Zeiten notwendiger Sparmaßnahmen ist das von besonderer Bedeutung.

Während viele Bereiche auf Einsparungsmöglichkeiten geprüft werden, kommt es bei diesen wichtigen Bestandteilen unseres Einkommens zu keinen Kürzungen.

Das zeigt auch, warum eine starke gewerkschaftliche Vertretung wichtig bleibt. Vieles, was heute selbstverständlich erscheint, wurde hart erkämpft. Es wurde verhandelt, oft mit Mühe durchgesetzt und muss immer wieder abgesichert werden. ◯

michael.lewisch@wien.gv.at

Was uns am Ende des Tages Kraft gibt

Immer glücklich sein zu wollen, ist verdammt anstrengend.



Astrid Schlesier

Klinische Psychologin der
MA 11, DA 106 – Jugend,
Bildung, Integration,
Stadtservice, Sport,
Kommunikation und
Frauenservice

„Der Versuch, den Himmel auf Erden einzurichten, produziert stets die Hölle“, schrieb der Philosoph Karl Popper in „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“. Er erkannte, dass Glück für jeden und jede von uns ganz verschieden sein kann und der Versuch, eine für alle Menschen gültige Version von Glück herzustellen, uns die Freiheit nimmt und die Demokratie bedroht. Es wäre daher vermessen, an dieser Stelle ein allgemeines Rezept zu präsentieren, das für alle gleichermaßen funktioniert. Stattdessen ist es sinnvoll, die Fragen an sich selbst zu richten: Was macht mich glücklich? Wenn ich abends im Bett liege und den Tag Revue passieren lasse, mit welchem Gefühl gehe ich schlafen und warum? Welche Momente möchte ich festhalten?

Keine perfekte, heile Welt

Fast alle Eltern antworten auf die Frage, was sie sich für ihre Kinder wünschen, dass diese in ihrem Leben später

erfolgreich und glücklich sind. Auf den ersten Blick ist das ein schöner Wunsch. Glück ist als Gefühl aber ein kurzer, intensiver Zustand. Wir können nicht den ganzen Tag lang glücklich sein. Außerdem gehört es zum Leben dazu, dass wir mit Krisen, Rückschlägen und schwierigen Zeiten konfrontiert sind. So schön die Online-Social-Media-Welt glänzt und uns oft vermittelt, dass es diese perfekte, heile Welt gibt, so wissen wir doch insgeheim, dass das nicht stimmt. Zu versuchen, ständig glücklich zu sein, ist eigentlich wahnsinnig anstrengend.

Momente der Freude suchen

Es kann sehr entlastend sein, sich die Erlaubnis zu geben, auch mal nicht glücklich sein zu dürfen. Für den Anfang reicht es, den Fokus auf einzelne Momente der Freude und Zufriedenheit über den Tag zu lenken. Das Handy einmal mehr als sonst weglegen und sich mit Freunden und Freundinnen direkt treffen, anstatt einander zu schreiben. Sich trauen, IRL*, ohne Filter, für andere sichtbar zu sein. Mit allen Falten, Pickeln und Speckröllchen, die man hat. Dadurch wird erst echter zwischenmenschlicher Kontakt möglich. Und echte Nähe. Denn das ist es letztlich, was uns am Ende des Tages Kraft gibt: sich geborgen zu fühlen und das tiefe Vertrauen zu haben, man ist genau so okay, mit allem, was und wie man gerade ist. Vielleicht ist es das, was dem eigentlichen Glück dann am nächsten kommt. ◦

astrid.schlesier@wien.gv.at

*in real life



Der Versuch, den Himmel auf Erden einzurichten, produziert stets die Hölle.

Vermögenssteuern

Österreich unter den Schlusslichtern

Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entfiel 2024 **nur 1 Prozent** der gesamten Steuereinnahmen Österreichs auf vermögensbezogene Steuern; im EU-Schnitt waren es 3,4 Prozent. **Österreich lag damit auf Platz 35 von 38 Staaten** (nur Litauen, Tschechien und Estland liegen dahinter).

Eine Erbschafts- oder Schenkungssteuer gibt es seit fast zwei Jahrzehnten nicht mehr, die Vermögensteuer wird seit 1994 nicht mehr eingehoben. Bei Immobilien fallen lediglich entsprechende Grunderwerbsteuern an und die Bemessungsgrundlage der Grundsteuer ist gänzlich aus der Zeit gefallen.

Insgesamt beschert uns diese Entwicklung den unrühmlichen **viertletzten Platz** im internationalen Vergleich – beinahe kein anderes OECD-Land setzt bei der Ausgestaltung seines Steuersystems **so wenig auf vermögensbezogene Steuern wie Österreich**.



Dreimal täglich das Klima schützen

Unser Essen und unser Umgang mit Lebensmitteln wirken sich direkt aufs Klima aus. Die Stadt Wien setzt sich in mehreren Initiativen für nachhaltige und klimaschonende Ernährung ein.

Wer pro Tag dreimal isst, nimmt bis zu seinem 85. Geburtstag ungefähr 93.000 Mahlzeiten zu sich. Viele Gelegenheiten also, um eine gute Wahl fürs Klima zu treffen. Wie das im Alltag gelingen kann, zeigen die aktuellen österreichischen Ernährungsempfehlungen: Sie setzen auf überwiegend pflanzenbetonte Mahlzeiten mit viel Gemüse, Obst, Hülsenfrüchten und Vollkornprodukten. Das ist nicht nur gesund, sondern auch klimafreundlich: Diese Ernährungsform verursacht geringere Treibhausgasemissionen, benötigt weniger Wasser und kommt mit einer kleineren Anbaufläche aus als tierische Produkte.

Daneben wird auch die Umwelt geschont und die Biodiversität gefördert. Die österreichischen Ernährungsempfehlungen werden im Auftrag des Gesundheitsministeriums herausgegeben. Sie beruhen auf wissenschaftlichen Berechnungen unter Einbeziehung nationaler und internationaler Expert*innen und folgen denselben wissenschaftlichen Grundprinzipien wie die international entwickelte Planetary Health Diet für eine gesunde und ökologisch nachhaltige Ernährung.

CO₂-Emissionen durch Lebensmittelabfälle
Was im ökologischen Kontext gerne unterschätzt wird: Ein achtsamer Umgang mit Lebensmitteln



Dipl.-Ing. Andreas Januskovecz
Bereichsleiter für Klimaangelegenheiten



Mag. Michael Kienesberger, MA
Leiter der MA 22 – Umweltschutz



entlastet das Klima, während Verschwendung besonders negative Folgen hat. „Eine Halbierung der Lebensmittelabfälle würde weltweit etwa so viel CO₂ einsparen wie der Austausch von 80 Prozent der Autos gegen Elektrofahrzeuge“, so Andreas Januskovecz, Bereichsleiter für Klimaangelegenheiten der Stadt Wien, und ergänzt: „Außerdem spart das auch noch viel Geld!“

Klimaschutz schmeckt

Wien fördert klimaschonende Ernährungsweisen und hat viele Projekte und Initiativen ins Leben gerufen. Seit 1998 kauft die Stadt Wien nach ÖkoKauf Wien-Kriterien nachhaltig und umweltfreundlich für ihre öffentlichen Einrichtungen ein – das gilt auch für die Beschaffung von Lebensmitteln.

Auch bringt der mobile Foodtrailer der Stadt Wien junge Menschen in Kontakt mit klimafreundlichem Essen. Diese mobile Küche soll ein gemeinsames und genussvolles Kocherlebnis ermöglichen. „Der Foodtrailer macht vor Schulen oder bei Veranstaltungen Halt, damit junge Menschen am eigenen Gaumen erfahren können, wie gut Klimaschutz schmeckt“, sagt Michael Kienesberger, Leiter der Stadt Wien – Umweltschutz.

Darüber hinaus wird auf den stadteigenen landwirtschaftlichen Flächen biologisch gewirtschaftet. Erzeugnisse wie Mehl und Linsen sind unter der Marke „Wiener Gusto“ in Wiener Geschäften erhältlich. 

post@klima2040.wien.gv.at

Mehr Infos zu Wiens Projekten rund um klimafreundliche Ernährung gibt es unter www.wien.gv.at/klima.

Veranstaltungen zu diesem Thema finden Sie auf dem Klima-Campus unter www.wien.gv.at/klima-campus



QUERRAUNZER

Klima-Bremser endlich ausbremsen!

Klimaschutz als Gefahr für den Standort darzustellen, ist absurd. Die entscheidende Frage lautet: Wie schaffen wir den Umbau – und wer bezahlt ihn?

„Österreich wird ein neues Klimagesetz bekommen. Nach mehr als fünf Jahren ohne klare Klimavorgaben war dieser Schritt längst überfällig. Vor allem die ÖVP hat beim Klimaschutz über Jahre den Fuß auf der Bremse gehabt. Sobald verbindliche Vorgaben diskutiert wurden, ertönte zuverlässig die Warnung vor Belastungen für „den Standort“ vonseiten der Wirtschaft und Industrie.

Wie wenig sich daran geändert hat, zeigte der Präsident der Industriellenvereinigung, Georg Knill, unmittelbar vor der Einigung auf das neue Klimagesetz. Bei einer Übererfüllung europäischer Klimaziele würde, so Knill, „Tür und Tor geöffnet für Klimafreaks, die hier die Regierung und viele Unternehmen endlos klagen werden“. Österreich müsse nicht „Musterschüler“ sein.

„Klimafreaks“ also. So nennt der oberste Industrielobbyist jene, die mehr Tempo beim Klimaschutz verlangen. Dabei wäre eine andere Frage angebracht: Wer hat in den vergangenen Jahren eigentlich verhindert, dass Österreich rechtzeitig die Weichen stellt?

Die Klimakrise ist kein lästiger Kostenfaktor, den man gegen Wettbewerbsfähigkeit aufrechnen kann. Hitzewellen, Dürren und Hochwasser zerstören Infrastruktur, gefährden Lieferketten und verursachen enorme volkswirtschaftliche Schäden. Auf einem ökologisch ruinierten Planeten gibt es keine florierende Wirtschaft – und schon gar keine florierende Industrie.

Und Österreich ist nun wirklich kein Musterschüler beim Klimaschutz. Laut Umweltbundesamt droht Österreich, sein Klimaziel für 2030 mit dem derzeitigen Kurs deutlich zu verfehlen. Deutlich! Dann müssen Emissionszertifikate

von anderen Staaten zugekauft werden. Wer heute beim Klimaschutz spart, muss morgen Milliarden für das Nichtstun bezahlen. Dieses Geld fehlt dann für Investitionen in Infrastruktur, Energiewende, Industrie und soziale Sicherheit.

Gerade deshalb ist es absurd, Klimaschutz als Gefahr für den Standort darzustellen. Das eigentliche Standortrisiko ist eine Politik, die notwendige Investitionen verschleppt, bis sie nicht mehr aufschiebbar sind – und Milliarden für verfehlte Ziele fällig werden.

Österreich braucht eine aktive Transformation der Industrie mit öffentlichen Investitionen, klaren Regeln und Beschäftigungsgarantien. Arbeitnehmer*innen dürfen nicht diejenigen sein, die für die Versäumnisse von Politik und Unternehmen bezahlen.

Die zentrale Frage lautet daher nicht „Klimaschutz oder Arbeitsplätze?“ Sie lautet: Wie schaffen wir den Umbau – und wer bezahlt dafür? Die Beschäftigten brauchen keinen Schutz vor ambitioniertem Klimaschutz. Sie brauchen Schutz vor einer Politik und einer Industrielobby, die den notwendigen Umbau jahrelang verzögern und ihnen anschließend die Rechnung dafür präsentieren. Ganz nach dem Motto: Gewinne privatisieren, Strafzahlungen sozialisieren. ○



Wendelin

„
**Wer heute
beim Klima-
schutz spart,
muss morgen
Milliarden für
das Nichtstun
bezahlen.**



Alle städtischen Onlineangebote und Schulungen müssen für blinde, sehbehinderte und gehörlose Mitarbeiter*innen selbstständig nutzbar sein.



A-1200 Wien, Brigittaplatz 10, EG, E.11
Tel.: +43 1 4000-59266
Fax: +43 1 4000 99 59266
E-Mail: bvp@hg1.wien.gv.at

Grundrecht auf barrierefreie Weiterbildung

Beschäftigte mit Behinderungen müssen die Unterstützung erhalten, die sie für die ordnungsgemäße Ausübung ihrer Tätigkeit brauchen – ohne auf fremde Hilfe angewiesen zu sein.

müssen diese Schulungen selbstständig und gleichberechtigt absolvieren können. Eine Seh- oder Hörbehinderung bedeutet keine geistige Beeinträchtigung. Trotzdem werden Betroffene oft auf fremde Hilfe verwiesen.

Dienstgeber muss Lösung bereitstellen

Barrierefreie Lernangebote müssen deshalb mit Screenreadern funktionieren, mit der Tastatur bedienbar sein und Untertitel bzw. Inhalte in Österreichischer Gebärdensprache anbieten. Wenn ein System noch nicht barrierefrei ist, muss der Dienstgeber eine gleichwertige Lösung bereitstellen.

Die Behindertenvertrauenspersonen der HG 1 haben dafür eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich aus sehbehinderten, gehörlosen und weiteren betroffenen Mitarbeiter*innen mit Behinderung zusammensetzt. Es werden bestehende Barrieren in E-Learning-Plattformen erhoben und aufgezeigt. Ziel ist es, gemeinsame Verbesserungen und Lösungen für die digitale Barrierefreiheit am Arbeitsplatz zu schaffen. Dabei gilt der Grundsatz: „Nicht über uns ohne uns.“

Wer auf Barrieren stößt, sollte sich an die **Behindertenvertrauenspersonen** wenden. Sie helfen dabei, Probleme aufzuzeigen und Verbesserungen einzufordern. **Barrierefreiheit ist kein Sonderwunsch.** Sie schafft Chancengleichheit, Selbstbestimmung und eine inklusive Arbeitswelt. ●

gottfried.maier@wien.gv.at



Gottfried Maier
Vorsitzender-
Stellvertreter der
Behindertenvertrauens-
personen der HG 1

Seit dem 28. Juni 2025 gilt das Barrierefreiheitsgesetz (BaFG). Viele Mitarbeiter*innen fragen sich, ob dieses Gesetz auch für die Beschäftigten der Stadt Wien anzuwenden ist. Die Antwort ist: Nein. Das BaFG gilt vor allem für Produkte und Dienstleistungen.

Barrierefreier Zugang verpflichtend

Für die Stadt Wien gelten andere Gesetze. So verpflichtet das Wiener Web-Zugänglichkeitsgesetz die Stadt, digitale Angebote, das Intranet, Lernplattformen und Schulungen barrierefrei bereitzustellen. Das Wiener Antidiskriminierungsgesetz verlangt außerdem, dass Mitarbeiter*innen mit Behinderungen die Unterstützung erhalten, die sie für die ordnungsgemäße Ausübung ihrer Tätigkeit benötigen. Barrierefreie Weiterbildung ist daher keine freiwillige Leistung, sondern gesetzlich vorgeschrieben.

Das ist besonders wichtig bei verpflichtenden Online-Schulungen, zum Beispiel zu Brandschutz oder Arbeitssicherheit. Blinde, sehbehinderte, gehörlose und schwerhörige Mitarbeiter*innen



Mehr Sicherheit und weniger Existenzängste

Die schwarz-grüne Bundesregierung hat ein massives Budgetloch hinterlassen. Die nun nötigen Sparmaßnahmen treffen in vielerlei Hinsicht vor allem Frauen. Der neue Unterstützungsfonds für Alleinerziehende soll Härten abfedern.



Regina Müller
Frauenvorsitzende der
HG 1 sowie Referentin
für Diversität

Die weltweite Entwicklung hat auch spürbare Auswirkungen auf Österreich. Dadurch haben sich die Rahmenbedingungen für Gewerkschaften deutlich verändert. Die Aufrechterhaltung unseres Sozialstaates muss uns allen ein Anliegen sein. Unsere Daseinsvorsorge ist durch nichts zu ersetzen. Gesundheit als Grundrecht, Altersversorgung und die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit gehören heute zu den Fundamenten unseres Zusammenlebens. Wahr ist: All das muss mit aller Kraft verteidigt werden.

Frauen spüren die Krise besonders
Sparmaßnahmen treffen einkommensschwache Menschen besonders hart – wer vorher wenig hatte, hat jetzt noch weniger. Steigende Energie- und Lebensmittelpreise treffen Frauen und Alleinerzieher*innen überproportional hart. Kindergeburtstage, Ausflüge, Kinobesuche und vieles mehr werden dann zu einer echten

Wenn das Geld nicht reicht, leiden oft auch die Kinder. Der neue Unterstützungsfonds für Alleinerziehende hilft in schwierigen Lebenslagen.

finanziellen Herausforderung. Dabei sind soziale Kontakte ein wichtiger Faktor für die Entwicklung der Kinder.

Besonders in Krisen (wie Teuerung oder Pandemien) tragen Frauen in Österreich oft die Hauptlast. Sie leisten mehr unbezahlte Betreuungsarbeit, sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen und leiden häufiger unter Altersarmut. Zudem steigt in Krisenzeiten das Risiko häuslicher Gewalt massiv an.

Ein Meilenstein in der Frauenbewegung

Seit 1. Juli 2026 gibt es nun den Unterstützungsfonds für Alleinerziehende. Er hilft Alleinerzieher*innen und ihren Kindern in schwierigen Lebenslagen. So sind 46 Prozent der Alleinerziehenden und 47 Prozent der Kinder von Alleinerzieher*innen armuts- bzw. ausgrenzungsgefährdet.

Mit dem Unterstützungsfonds sollen bestehende Versorgungslücken geschlossen werden. Auch Frauen, die von Partnergewalt betroffen und wirtschaftlich abhängig sind, haben dadurch die Möglichkeit, finanzielle Unabhängigkeit zu erreichen.

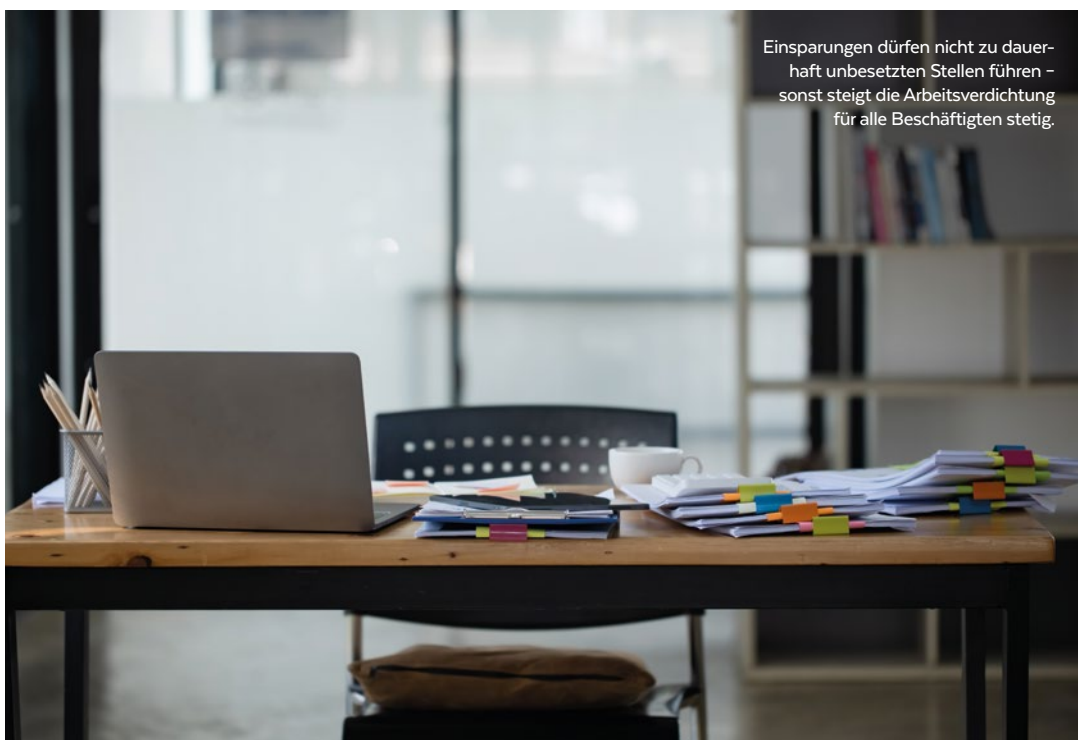
Der Unterstützungsfonds wurde im Nationalrat mit großer Mehrheit beschlossen. Die FPÖ stimmte als einzige Fraktion dagegen. Für ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben bedarf es ökonomischer Unabhängigkeit. Ein Fonds, der Fairness schafft und die finanzielle Eigenständigkeit von Bedürftigen stärkt, ist für die FPÖ offensichtlich entbehrlich – besonders wenn es um Frauen geht. ●

regina.mueller@wien.gv.at

Nähere Informationen zum Unterstützungsfonds gibt es auf der Seite des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz. Informationen darüber, wer betroffen ist, können dort problemlos abgefragt werden.

[www.sozialministerium.gv.at/
Themen/Soziales/Soziale-
Themen/Unterstuetzungsfonds-
fuer-Alleinerziehende.html](https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Unterstuetzungsfonds-fuer-Alleinerziehende.html)





Verantwortlich handeln

Die Stadt Wien steht vor finanziellen Herausforderungen. Gerade im Bildungsbereich darf Sparen aber nicht bedeuten, dass weniger Personal immer mehr Aufgaben bewältigen muss.

Die Stadt Wien muss ihr Budget konsolidieren und gleichzeitig wichtige Leistungen für die Wiener*innen aufrechterhalten. Bildung bleibt dabei ein zentraler Bereich – und das ist wichtig und richtig.

Doch wenn wir über Bildung sprechen, dürfen wir nicht nur an Schulen, Kindergärten und die Angebote für Kinder denken. Hinter einem funktionierenden Bildungssystem stehen viele Mitarbeiter*innen der Stadt Wien, die täglich organisieren, verwalten, koordinieren, unterstützen und Verantwortung übernehmen. Auch sie müssen bei den aktuellen Sparmaßnahmen im Blick bleiben.

Weniger Menschen, mehr Arbeit

Denn Einsparungen dürfen nicht still und schleichend zu Personalabbau durch Nichtnachbesetzungen, dauerhaft unbesetzte Stellen oder eine immer stärkere Arbeitsverdichtung führen. Wenn die Aufgaben gleich bleiben, aber die Zahl der Kolleg*innen, die zur Verfügung stehen, sinkt, reduziert sich die Arbeit nicht – sie lastet nur auf einem kleineren Team.



Michael Lewisch
Leitender Referent für
Bildung, internationale
Vertretung, Organisations-
entwicklung und Jugend

Natürlich müssen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Abläufe überprüft, Strukturen hinterfragt und Einsparungspotenziale gesucht werden. Digitalisierung und optimierte Prozesse können dabei einen wichtigen Beitrag leisten. Aber Effizienz hat Grenzen. Sie darf nicht zum Synonym dafür werden, mit immer weniger Personal immer mehr leisten zu müssen.

Budgetdisziplin und Verantwortung für die Beschäftigten dürfen dabei kein Widerspruch sein. Als youunion Hauptgruppe 1 ist für uns deshalb klar: Notwendige Veränderungen müssen fair, nachvollziehbar und unter Einbindung der Beschäftigten gestaltet werden. Es geht nicht darum, jede Sparmaßnahme grundsätzlich abzulehnen, sondern genau hinzusehen, wo und vor allem wie gespart wird.

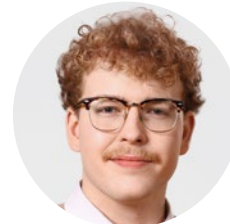
Qualität nur mit guten Arbeitsbedingungen

Denn eine starke Bildungsstadt braucht nicht nur gute Angebote für Kinder und Familien. Sie braucht ebenso gute und verlässliche Arbeitsbedingungen für jene Menschen, die diese Leistungen Tag für Tag möglich machen. ○

michael.lewisch@wien.gv.at



Gerade in Krisenzeiten braucht es Zusammenhalt. Aber Zusammenhalt bedeutet auch, dass nicht immer dieselben die Rechnung bezahlen – sondern alle ihren gerechten Beitrag leisten.



Phillip Böcskör
Jugendvorsitzender
der HG 1

Nicht an unserer Zukunft sparen!

Das Doppelbudget 2027/2028 enthält wichtige Investitionen. Gleichzeitig stellt sich für uns als junge Generation die Frage, ob die Lasten der Konsolidierung wirklich gerecht verteilt sind.

Wir als junge Generation wissen, dass Österreich vor großen finanziellen Herausforderungen steht. Ein Budget zu konsolidieren, ist notwendig – das stellen wir nicht infrage. Gerade in Krisenzeiten müssen alle Verantwortung übernehmen. Entscheidend ist für uns aber, wie diese Verantwortung verteilt wird.

Das Doppelbudget setzt wichtige Schwerpunkte in Bildung, Kinderbetreuung und Ausbildung. Das ist richtig, denn genau dort entscheidet sich, welche Chancen junge Menschen morgen haben. Gleichzeitig werden aber Arbeitnehmer*innen und Familien stärker belastet. Höhere Beiträge für viele Berufseinsteiger*innen und Einsparungen bei Familienleistungen treffen ausgerechnet jene, die am Beginn ihres Berufslebens

stehen, ihre erste Wohnung finanzieren oder eine Familie gründen möchten.

Nicht an der Zukunft sparen

Genau hier sehen wir Nachbesserungsbedarf. Denn gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten darf nicht dort gespart werden, wo Zukunft entsteht. Jeder Euro, der bei jungen Familien, Bildung oder Unterstützungsleistungen fehlt, ist ein Euro weniger für Chancengleichheit, sozialen Aufstieg und eine starke nächste Generation.

Für uns ist klar: Arbeitnehmer*innen leisten ihren Beitrag längst. Tag für Tag sorgen sie mit ihrer Arbeit dafür, dass unser Land funktioniert. Deshalb erwarten wir, dass auch jene einen stärkeren Beitrag leisten, die über große Vermögen verfügen oder in den vergangenen Jahren enorme Gewinne erzielt haben. Wer von einem starken Staat profitiert, muss sich auch fair an seiner Finanzierung beteiligen. Die Lasten einer Budgetsanierung dürfen nicht überwiegend auf den Schultern jener landen, die sich ihre Zukunft erst aufbauen.

Perspektiven schaffen

Gerade junge Menschen brauchen jetzt keine zusätzlichen Hürden, sondern echte Perspektiven. Ein Budget darf sich nicht nur daran messen lassen, wie viele Millionen Euro eingespart werden. Es muss sich auch daran messen lassen, welche Chancen es der nächsten Generation eröffnet. Denn wer heute bei jungen Menschen spart, riskiert morgen den Wohlstand unseres Landes. **o**

phillip.boecscoer@younion.at

Wohnen darf kein Luxusgut sein

Wohnkosten steigen immer weiter. Das Mietpaket von Wohnminister Babler geht in die richtige Richtung, braucht aber nationale und europäische Ergänzungen.



Thomas Kattnig
Mitglied

Bundespräsidium
Leitender Referent
Internationales/EU,
Daseinsvorsorge,
Bildung, Digitalisierung,
Klima, Kultur- und
Sportgewerkschaft

Wohnen ist längst zu einer der größten sozialen Herausforderungen unserer Zeit geworden. In Österreich müssen mehr als acht Prozent der Haushalte über 40 Prozent ihres Einkommens für Wohnkosten aufbringen. Das betrifft mehr als 554.000 Menschen – fast so viele, wie Kärnten Einwohner*innen hat. Gleichzeitig sind die Kosten massiv gestiegen. Zwischen 2010 und 2025 haben sich die Hauspreise hierzulande mehr als verdoppelt, die Mieten wurden um über 75 Prozent erhöht. Österreich ist damit kein Einzelfall. EU-weit erhöhten sich die Hauspreise im selben Zeitraum um 60,5 Prozent, die Mieten um fast 30 Prozent.

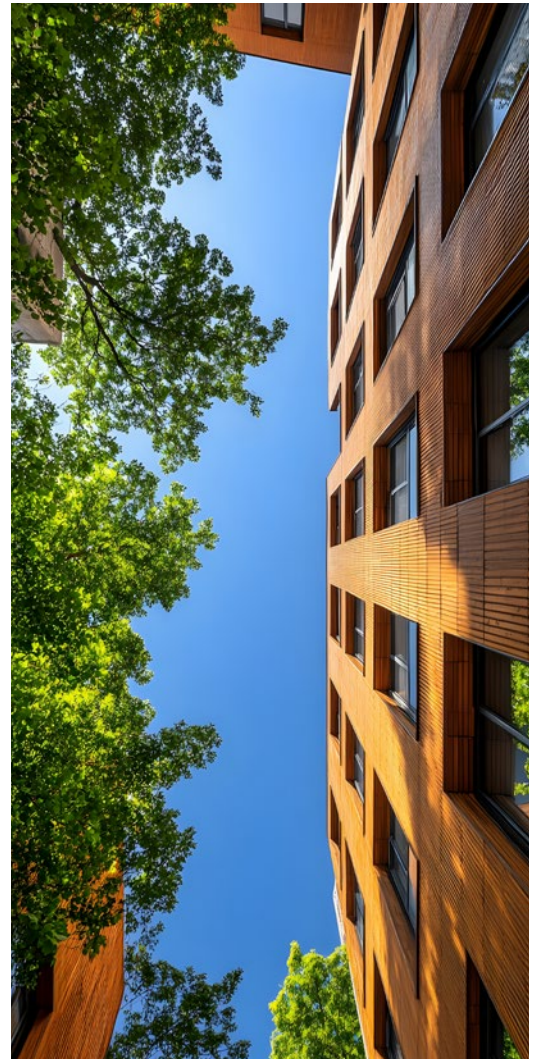
Diese Entwicklung ist kein Zufall. Zu wenig leistbarer Neubau, steigende Grundstücks- und Baukosten, höhere Finanzierungskosten sowie die zunehmende Nutzung von Wohnraum als Anlageobjekt haben den Druck auf den Wohnungsmarkt erheblich verschärft. Wohnen droht vielerorts vom Grundbedürfnis zum Luxusgut zu werden.

Mietpaket ein erster Schritt

Mit dem Mietpaket für leistbares Wohnen hat Wohnminister Andreas Babler bereits gegengesteuert. Längere Mindestbefristungen und eine Mietpreisbremse schaffen mehr Sicherheit und entlasten viele Mieter*innen. Das ist ein wichtiger Anfang, reicht aber noch nicht aus. Erforderlich sind weitere Reformen – etwa das Ende von Kettenbefristungen, ein konsequenter Vorrang für den öffentlichen und gemeinnützigen Wohnbau sowie eine deutlich stärkere Förderung klimafitter Sanierungen, ohne die Kosten auf die Mieter*innen abzuwälzen. Derartige Lösungen scheitern gegenwärtig an ÖVP und NEOS.

Europäischer Plan für leistbares Wohnen

Gleichzeitig lässt sich die Wohnkrise nicht allein national lösen. Deshalb hat der sozialdemokratische EU-Kommissar Dan Jørgensen Ende 2025 den Europäischen Plan für leistbares Wohnen vorgelegt. Ziel ist es, den Bau leistbarer Wohnungen in Europa zu beschleunigen, mehr öffentliche und private Investitionen zu ermöglichen und besonders betroffene Gruppen besser zu schützen. Vorgesehen sind unter



anderem eine europäische Investitionsplattform mit verstärkter Rolle der Europäischen Investitionsbank (EIB) sowie Maßnahmen gegen missbräuchliche Kurzzeitvermietungen. Diese Initiativen gehen in die richtige Richtung. Doch Europa muss noch ambitionierter werden. Im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss – der zivilgesellschaftlichen Stimme in der EU-Gesetzgebung – setzen wir uns dafür ein, das Recht auf angemessenen und leistbaren Wohnraum als europäisches Grundrecht zu verankern, den Housing-First-Ansatz zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit auszubauen, Spekulation und Leerstand wirksam einzudämmen und Investitionen in sozialen, öffentlichen und gemeinnützigen Wohnbau deutlich auszuweiten.

Die Wohnkrise ist längst zu einer sozialen, wirtschaftlichen und demokratiepolitischen Herausforderung geworden. Leistbarer Wohnraum entscheidet über Chancengleichheit, sozialen Zusammenhalt und die Zukunft unserer Städte und Gemeinden. Wenn Europa Wohnen wieder als Grundrecht und nicht als Spekulationsobjekt versteht, kann aus der aktuellen Krise eine Chance für eine gerechtere und widerstandsfähigere Gesellschaft entstehen. o

thomas.kattnig@youunion.at

Wohnen ist ein Grundrecht – kein Luxusgut und kein Spekulationsobjekt.



Sanatorium HERA
Löblichgasse 14, 1090 Wien
T: +43 1 31350-0
www.sanatoriumhera.at



Zurück ins schmerzfreie Leben!

Seit drei Jahren setzt das Sanatorium Hera die Aquablation Technologie zur Behandlung gutartiger Prostatavergrößerung ein – mit großem Erfolg.

Prim. Dr.
Igor Stancik, F.E.B.U.
Leitung Fachbereich
Urologie

Die gutartige Prostatahyperplasie (BPH) ist eine der häufigsten gutartigen Erkrankungen bei Männern. Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko deutlich: Bei den 50- bis 59-Jährigen liegt das Erkrankungsrisiko bei zehn bis 20 Prozent und zwischen 60 und 69 Jahren bei 25 bis 35 Prozent. Ab dem 60. Lebensjahr weist etwa jeder zweite Mann eine Vergrößerung der Prostata auf. In Deutschland leiden, basierend auf den Bevölkerungszahlen vom Jahr 2000, über drei Millionen Männer an einer gutartig vergrößerten Prostata, etwa 1,5 Millionen Männer haben behandlungsbedürftige Beschwerden der unteren Harnwege und ca. zwei Millionen leiden unter obstruktiver Blasenentleerungsstörung.

Der „AquaBeam“ ist ein innovatives, computergestütztes Gerät, mit dem überschüssiges Prostatagewebe besonders schonend entfernt werden kann. Das computergestützte Verfahren kombiniert ein bildgebendes Verfahren (Sonografie)

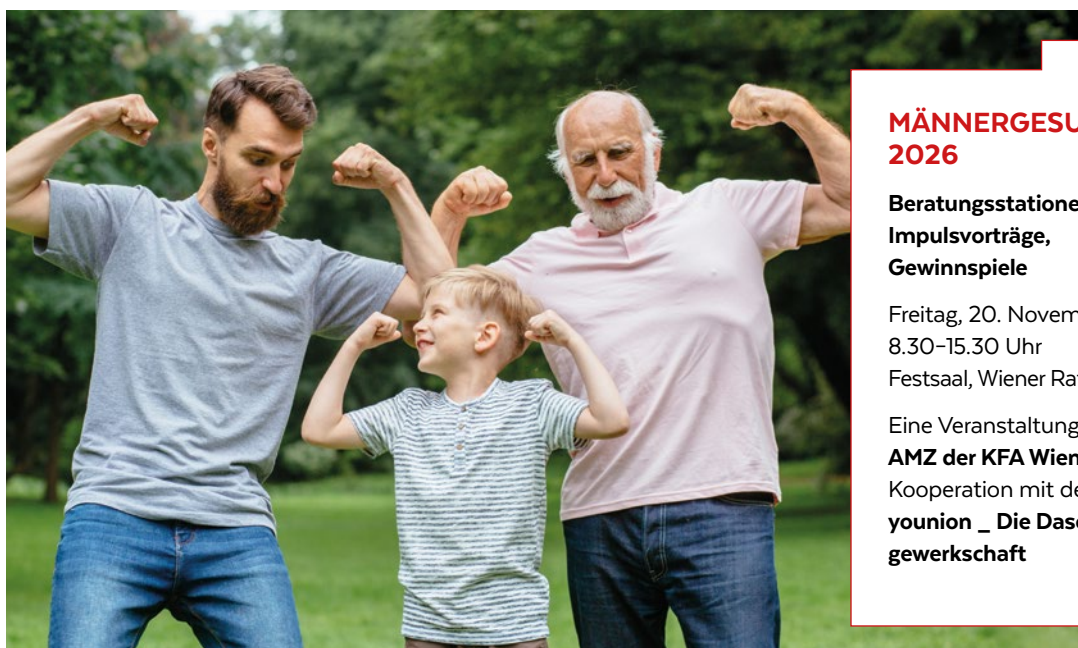
mit einem hochpräzisen Wasserstrahl. Das zu entfernende Gewebe wird zu Beginn des Eingriffs exakt identifiziert und markiert, sodass der Wasserstrahl gezielt und gewebeschonend eingesetzt werden kann.

Kürzere Operation, weniger Komplikationen

Im Vergleich zu herkömmlichen Operationsverfahren treten seltener Blutungen und andere Komplikationen auf. Der Schließmuskel wird geschont, wodurch das Risiko einer Inkontinenz minimiert wird. Zudem bleibt die Funktion des Samenergusses erhalten. Ein weiterer Vorteil ist die deutlich kürzere Operationszeit: Während eine konventionelle transurethrale Prostatarsektion (TUR-P) etwa 60 bis 90 Minuten dauert, benötigt die Aquablation rund 30 Minuten. Dies führt zu einer geringeren Gewebereizung und einer schnelleren Erholung.

Etabliert und hocheffektiv

Im Sanatorium Hera wird die Aquablation seit 2023 durchgeführt. Mit bislang 275 Eingriffen verfügt die urologische Abteilung über eine dreijährige Erfahrung und hat in Österreich die meisten Aquablationen durchgeführt. Die bisherigen Ergebnisse zeigen eine hohe Effektivität sowie eine hohe Zufriedenheit der Patienten. Die Aquablations-Technologie ist heute ein etablierter und auch erfolgreicher Bestandteil des operativen Behandlungsspektrums im Sanatorium Hera. ○



MÄNNERGESUNDHEITSTAG 2026

Beratungsstationen,
Impulsvorträge,
Gewinnspiele

Freitag, 20. November 2026
8.30–15.30 Uhr
Festsaal, Wiener Rathaus

Eine Veranstaltung des
AMZ der KFA Wien in
Kooperation mit der
**younion _ Die Daseins-
gewerkschaft**



Anmeldung 20.11.26

Einladung zum Männergesundheitstag

Männer gehen später zum Arzt und seltener zur Vorsorge – dabei ließe sich vieles positiv beeinflussen. Der erste Männergesundheitstag für Bedienstete der Stadt Wien am 20. November bietet dafür die ideale Gelegenheit.

Beim Auto sind sich alle einig: Einmal im Jahr geht es zur Überprüfung, das Pickerl gehört dazu. Beim eigenen Körper nehmen es viele weniger genau. Zum Arzt geht „Mann“ oft erst, wenn etwas wehtut – und manchmal erst, wenn es schon lange wehtut.

Rechtzeitige Früherkennung

Die Lebenserwartung von Männern liegt in Österreich um mehrere Jahre unter jener von Frauen. Ein Großteil dieses Unterschieds ist jedoch beeinflussbar. Viele der häufigsten Gesundheitsrisiken lassen sich früh erkennen und gut behandeln, vorausgesetzt, sie werden rechtzeitig entdeckt. Dafür sind regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen das beste Mittel. Allein 2025 erhielten dadurch 160.000 Personen eine neue Verdachtsdiagnose – von Bluthochdruck bis Diabetes. Von den 1,5 Millionen Menschen, die jährlich zur kostenlosen Vorsorgeuntersuchung gehen, sind nur 46 Prozent Männer.

Nachdem im März der erste Frauengesundheitstag für Bedienstete der Stadt Wien stattgefunden hat, folgt nun das männliche Pendant: Am 20. November 2026 lädt das Arbeitsmedizinische Zentrum

der KFA Wien gemeinsam mit der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft zum ersten Männergesundheitstag in den Festsaal des Wiener Rathauses. Eröffnet wird der Tag von Bürgermeister Dr. Michael Ludwig.

Geboten wird viel: Das Rahmenprogramm umfasst ein **umfassendes Gesundheitsangebot**, in dem auf unterschiedliche männerspezifische Gesundheitsthemen fundiert eingegangen. Daneben können sich Bedienstete an mehreren Stationen niederschwellig und ohne Terminvereinbarung beraten lassen. Fachkundige Ansprechpartner*innen aus Medizin, Psychologie, Diätologie und Physiotherapie stehen mit kurzen Checks, alltagstauglichen Tipps und interaktiven Herausforderungen zur Verfügung. Von Trainingsempfehlungen, PSA-Schnelltests bis zu schnellen Tricks für mentales Wohlbefinden – hier wartet ein vielfältiges Angebot darauf, genutzt zu werden.

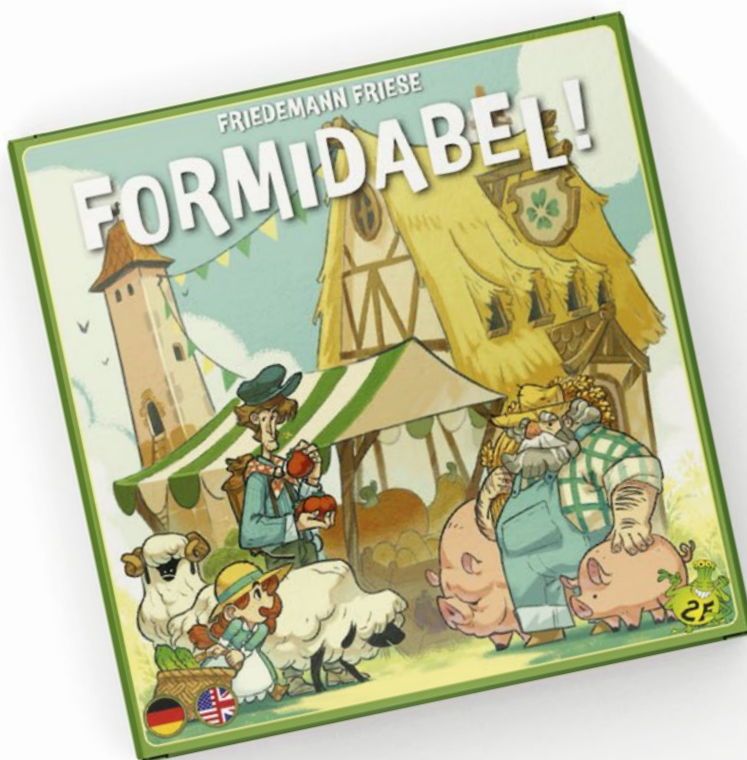
Also, liebe Männer: Das Pickerl fürs Auto ist erledigt. Am 20. November steht euer eigener Check an.



AMZ der KFA Wien
Hermannsgasse 24–26
1070 Wien
T: +43 1 4000-45 693
office@amz-kfawien.at
www.amz-kfawien.at

Spaßiges Wunschkonzert

Im Spiel „Formidabel!“ erfüllen die Teilnehmer*innen unermüdlich die Wünsche der Dorfbevölkerung. Einfache Regeln sorgen dabei für jede Menge Freude.



GEWINNSPIEL

Wir verlosen unter allen Einsendungen drei „Formidabel!“-Spiele.

Folgendes ist bitte anzuführen, um am Gewinnspiel mitmachen zu können: Name, Abteilung und E-Mailadresse und unter dem Betreff „Gewinnspiel Formidabel!“ an aktion@hg1.wien.gv.at senden. Einsendeschluss ist der **20. November 2026**. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen und der Gewinn kann nicht in bar abgelöst oder umgetauscht werden.

Viel Glück!

„Formidabel!“ Es ist natürlich Geschmackssache, aber der Spielname passt gut zum Spiel – es ist großartig! „Formidabel!“ ist vom Mechanismus her ein einfaches Spiel. Gewöhnungsbedürftig ist lediglich die Fülle an Symbolen auf den Karten.

Erfüllung aller Wünsche

Im Spiel gilt es, die Wünsche der Dorfbewohner*innen schneller zu erfüllen als die Mitspieler*innen. Das funktioniert grundsätzlich ziemlich einfach: Waren eintauschen – Getreide, Tomaten, Gurken, Schafe, Schweine – und dafür neue Waren oder Aktionen erhalten, die wiederum zur Erfüllung weiterer Wünsche gebraucht werden. Die Waren gibt es auch auf einem Aktionsrad, auf dem eine Aktionsscheibe eingesetzt wird. Erfüllte Wünsche bringen Geld (sehr gut gelöst: die Kartenrückseiten – ähnlich wie bei „Bohnanza“), das für weitere Aktionen genutzt werden kann.

Gut geplanter Sieg

Wichtig ist, dass die Wünsche der Dorfbewohner*innen auf Karten nach und nach durch Tauschen oder Aktionen gezogen werden müssen. Zusätzlich zu diesen Wünschen gibt es auch eine Marktauslage, in der weitere Karten liegen, die den Zugang zu Waren erleichtern und etwas Geld einbringen. Alles sehr einfach, aber es will gut durchdacht sein, wie sich das am schnellsten umsetzen lässt, um das Spiel zu gewinnen. Aber das Spiel macht auch ohne Gewinnen Spaß.

„Formidabel!“ ist für ein bis vier Spieler*innen ausgelegt und dauert rund 30 Minuten. Danach entsteht meistens der Wunsch, es gleich noch einmal zu spielen.

Aus gutem Holz

Das Spiel vom Erfolgsautor Friedemann Fries eignet sich sehr gut zum Mitnehmen. Lobenswert ist auch das Spielmaterial aus buntem Holz (die Waren und die Spieleraktionssteine). Dann bleiben lediglich die Aktionsscheibe sowie für alle Spieler*innen ein kleiner Karton, der einerseits die Spieler*innenfarbe zeigt und andererseits den möglichen Geldeinsatz darstellt. ○

Neugierig geworden? Dann kommt zum monatlichen **Spielerabend** am KSV-Platz, 1020 Wien, Rustenschacherallee 3 – jeden letzten Freitag im Monat ab 16 Uhr. Keine Anmeldung erforderlich und der **Eintritt ist frei!**



Einfaches Parken am KSV-Platz

Alles neu: Neben einer modernen Schrankenanlage und mehr Platz für Zweiräder gibt es nun auch faire Parktarife für Lokalgäste und Sportler*innen.

Auf unserem Parkplatz hat sich einiges getan! Um den Komfort für unsere Mitglieder, Gäste und natürlich auch für uns selbst zu verbessern, haben wir das gesamte System auf den neuesten Stand der Technik gebracht und das Areal optimiert.

Komfortabel und digital

Die neue Kennzeichenerkennung: Die lästige Suche nach dem Parkticket oder das Herunterkurbeln des Fensters bei Regen gehört ab sofort der Vergangenheit an. Unsere neue Schrankenanlage arbeitet mit einer modernen, automatischen Kennzeichenerkennung. Bei der Einfahrt wird das Nummernschild digital erfasst und die Schranke öffnet sich wie von Zauberhand. Bezahlt wird vor der Ausfahrt einfach unter Eingabe des Kennzeichens am Automaten – das System erkennt, ob die Parkgebühren beglichen wurden, und öffnet bei der Ausfahrt automatisch.

Faire Tarife und attraktive Rabatte: Der reguläre Parktarif beträgt 3,40 Euro pro Stunde. Da uns unsere sportlichen Mitglieder und die kulinarischen Gäste besonders am Herzen liegen, haben wir faire Rabattsysteme integriert:

Sportrabatt: Wer sich bei uns auspowert, spart beim Parken. Für die ersten drei Stunden gilt der halbe Preis (also nur 1,70 Euro pro Stunde).

Restaurantbonus: Ein gemütlicher Restaurantbesuch zahlt sich doppelt aus. Ab einer Konsumation von 15 Euro parken unsere Gastro-Gäste die ersten zwei Stunden gratis!

Frischer Look und mehr Platz

Passend zur neuen Technik haben wir auch auf dem Asphalt nachgebessert. Alle Parkflächen wurden frisch und deutlich neu markiert. Das sorgt für ein sauberes Gesamtbild und eine geordnete Nutzung. Ein tolles Plus für alle Zweirad-Fans: Wir haben neue Motorradplätze markiert und die Stellflächen für Fahrräder deutlich erweitert. So findet ab sofort jedes Gefährt bequem seinen Platz.

Wir freuen uns über diese Modernisierung und hoffen, dass die Neuerungen euren Alltag und den unserer Gäste ein Stückchen leichter machen! 

sentall@ksv-wien.at



Martin Sentall
Geschäftsführer
Kultur- und Sport-
vereinigung der Wiener
Gemeindebediensteten



**Kultur- und Sport-
vereinigung der Wiener
Gemeindebediensteten**

1020 Wien
Rustenschacherallee 3
T +43 1 720 84 91
office@ksv-wien.at
www.ksv-wien.at

Personelles



Bernhard Stoik Neuer Landesvorsitzender der youunion Wien

Bernhard Stoik steht seit 1. September 2026 an der Spitze der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft Wien. Der langjährige Gewerkschafter bringt umfangreiche Erfahrung in der Interessenvertretung von Beschäftigten sowie in arbeitsrechtlichen und kollektivvertraglichen Fragen mit. In seiner neuen Funktion setzt er auf starke Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit und den Ausbau gewerkschaftlicher Solidarität. Ein besonderes Anliegen sind ihm die Sicherung guter Arbeitsbedingungen, faire Einkommen, die Sozialpartnerschaft und die konsequente Vertretung von Frauenrechten.

Neben seinem gewerkschaftlichen Engagement ist Stoik auch politisch im 6. Wiener Gemeindebezirk aktiv. Er ist dort seit zwölf Jahren Bezirksrat und seit 2026 Vorsitzender des Klubs der Mandatar*innen. Der 44-Jährige absolvierte seine Lehre zum Bürokaufmann bei der Stadt Wien. Sein gewerkschaftliches Engagement begann in der Hauptgruppe 1.

Stoik ist verheiratet und Vater einer Tochter. Als Landesvorsitzender möchte er gemeinsam mit den Funktionär*innen und Mitgliedern die Herausforderungen der Arbeitswelt aktiv gestalten und die Stimme der Beschäftigten weiterhin kraftvoll vertreten. ○



Bernhard Mager, MBA

Neuer Chef der Wiener Kinder- und Jugendhilfe

Bernhard Mager ist seit 1. August Abteilungsleiter der Kinder- und Jugendhilfe (MA 11). Seit mehr als drei Jahrzehnten für die Stadt Wien tätig, verfügt er über umfassende Erfahrung in den Bereichen Kinderschutz, Sozialarbeit und Management.

Nach Abschluss seiner Ausbildung an der Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien trat er 1994 in den Dienst der Stadt ein und war zunächst als Sozialarbeiter in der damaligen MA 12 tätig. In den folgenden Jahren übernahm er leitende Funktionen in den Sozialzentren des 16. und 21. Bezirks. Von 2007 bis 2011 fungierte er in der MA 24 als stellvertretender Leiter der Gruppe Sozialplanung. Anschließend war er in mehreren Stadtratsbüros als Referent sowie stellvertretender Büroleiter tätig. Seit 2018 leitete Mager die Region Ost der MA 11. Parallel zu seiner beruflichen Laufbahn absolvierte er einen Executive MBA in Business Administration an der Universität Salzburg.

Mager folgt Johannes Köhler, der die MA 11 seit 2009 leitete und mit August in Pension ging. ○

ECHT GUT!**ECHT BÖSE!**

„Die FPÖ hat gegen so gut wie jede Maßnahme gestimmt, die das Leben leistbarer macht.“

Klaus Seltenheim, SPÖ-Bundesgeschäftsführer, OTS.at, 14.9.2026



„Die Blockadehaltung gegen die EU-Richtlinie für Lohntransparenz, die Arbeitgeber mit dem nicht nachvollziehbaren Argument überbordender Bürokratie verhindern wollen, ist inakzeptabel.“

Wolfgang Katzian, ÖGB-Präsident, OTS.at, 16.9.2026



„Österreich ist ein starkes Industrieland. Das ist auch das Ergebnis einer gelebten Sozialpartnerschaft, die auf Kooperation statt Konflikt setzt.“

Peter Hanke, Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, zum Thema „80 Jahre Sozialpartnerschaft“, OTS.at, 17.9.2026



„Das ist nur gerecht.“

Markus Marterbauer, Finanzminister, zur Rückforderung von fast 160 Mio. Euro an Corona-Förderungen, die zu Unrecht bezogen wurden, OTS.at, 16.9.2026.



„Dass das menschengemachte CO₂ der einzige Faktor für die Erderwärmung sein soll, kommt mir angesichts der Millionen Jahre andauernden Erd- und Klimahistorie ein bisschen komisch vor.“

Herbert Kickl, FPÖ-Bundesparteiobermann im ORF-Sommergespräch, 7.9.2026



„Es ist Tür und Tor geöffnet für alle Klimafreaks, die hier die Regierung und viele Unternehmen endlos klagen werden.“

Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung zum Thema Klimaschutzgesetz, ORF-Morgenjournal, 21.8.2026



Barbara Blaha MEIN STANDPUNKT

Doppelbudget: Vertrauen gleich mitgekürzt

Während die Regierung der ärmeren Mittelschicht, Familien, Pensionist*innen und Frauen den Großteil der Lasten des Doppelbudgets umhängt, werden Konzerne reich beschenkt und die Sonderprivilegien der Extremreichen bleiben unangetastet. In Österreich ist Reichtum besonders ungleich verteilt. Dennoch werden große Vermögen wenig bis gar nicht besteuert. Keine Erbschaftssteuer, keine Vermögenssteuer, kaum Abgaben auf hohe Immobilienwerte.

Diese Lücken sind keine ökonomische Notwendigkeit, sondern politische Entscheidungen, die Milliarden Euro an Einnahmen verschenken. Allein die Wiedereinführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern würde jährlich sieben Milliarden Euro in die Kasse spülen – genug, um alle sozialen Einschnitte im Budget zu verhindern.

Die eigentlichen Zukunftsfragen bleiben im Budget unbeantwortet: Kinderbildung, Armutsbekämpfung, Pflege, Gesundheit, Wohnen und Klimaschutz – Österreich braucht in diesen Bereichen Investitionen. Stattdessen wird dort gespart, wo der Zugriff einfach ist: bei Menschen, die nicht über Steuertricks, Anwalt*innen oder Lobbyabteilungen verfügen. Österreich subventioniert den Reichtum Weniger, indem die Regierung die Mitte belastet. Das ist keine Sparpolitik, sondern Sozialabbau zugunsten der allerreichsten Schichten.

Ein Land spart sich eben nicht gesund, indem es Familien belastet und Zukunftsinvestitionen opfert. Die Regierung entlastet Konzerne, während Grundbedürfnisse verknappen. Wer sich heute weigert, Privilegien anzutasten, darf sich nicht wundern, wenn morgen die Rechnung für den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Stabilität präsentiert wird. Denn das Vertrauen der Bevölkerung wurde im Sparpaket gleich mitgekürzt. ○



Barbara Blaha ist Leiterin des Momentum Instituts und Herausgeberin des dazugehörigen Moment Magazins.

**WAS VIELE
NICHT
WISSEN ...**

Im Vinyl Corner der Haupt- bücherei fetzt der Beat

Ob Pop, Klassik, Musical, Jazz oder Weltmusik: In der Schallplattenecke der Hauptbücherei am Urban-Loritz-Platz können Besucher*innen Schallplatten hören und selbst digitalisieren. Der Vinyl Corner bietet mobile Schallplattenspieler und 876 Schallplatten zum Anhören vor Ort und im Verleih. Die Titel sind im Online-Katalog unter buechereien.wien.gv.at abrufbar.

Besucher*innen können auch ihre eigene Schallplatte mitbringen, vor Ort anhören oder gleich selbst digitalisieren. Wer das Digitalisierungsgerät nutzen möchte, muss mindestens 15 Jahre alt sein, braucht eine Büchereikarte und meldet sich an der Infotheke von College 5 an. Das Digitalisierungsgerät kann für zwei Stunden gebucht werden.

„Der Vinyl Corner ist ein gemütlicher Treffpunkt geworden. Er ist mit der Rückkehr des Vinyls mitgewachsen. Mittlerweile machen wir dort auch kleine Wohnzimmerkonzerte“, so Bernhard Pöckl. Der Leiter der Büchereien der Stadt Wien lädt alle Interessierten ein, dieses Service der Hauptbücherei zu entdecken. Und auch das E-Piano im Vinyl Corner können Besucher*innen nutzen.

Die Büchereien der Stadt Wien sind Teil der Stadt Wien – Bildung und Jugend. 36 Zweigstellen in 21 Bezirken bieten 1,4 Millionen Medien (Bücher, Zeitungen, Filme, CDs, Hörbücher, Spiele ...) und über 9.600 Veranstaltungen jährlich. 2025 verzeichneten die Büchereien der Stadt Wien mit mehr als 6,7 Millionen Ausleihen einen neuen Rekord. 

Infos unter: buechereien.wien.gv.at



© Natalie Stephan

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1

teamwork

Nr. 3/2026

youunion – HG 1
Modocenterstraße 14
Block C, 5. Stock
1030 Wien

Österreichische Post AG
SM 02Z030516 S